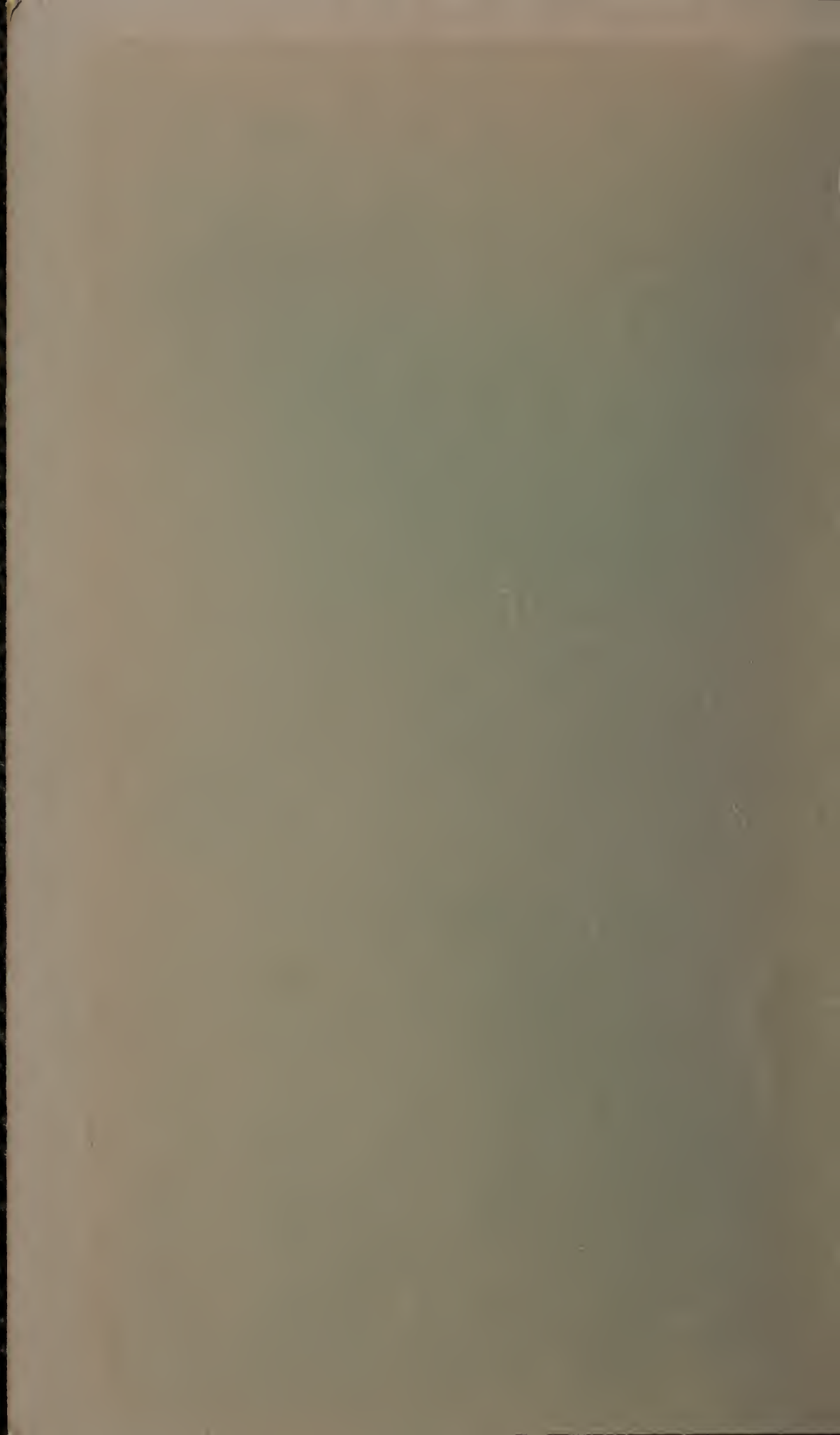




3 1761 07317751 1

HX
271
S6
1887



Verhandlungen
des
Vereintags der deutschen Sozialdemokratie
in
St. Gallen.

Abgehalten vom 2. bis 6. Oktober 1887.

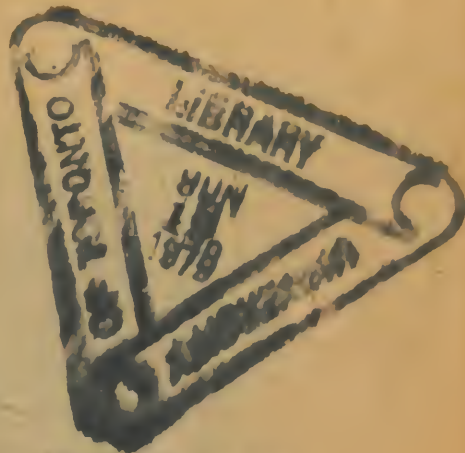
Gottingen-Zürich.
Verlag der Volksbuchhandlung.
1888.

AX

ZH

S6

1887



In der ersten Hälfte des September d. J. veröffentlichten die parlamentarischen Vertreter der sozialistischen Arbeiterpartei nachfolgenden Aufruf:

„Parteigenossen! Innerhalb unserer Partei besteht seit Langem der lebhafteste Wunsch, einen allgemeinen Parteitag einberufen zu sehen, auf welchem die Partei zu einer Reihe wichtiger Fragen Stellung nehmen kann.

Die Reichstagsfraktion als die berufene Vertreterin und Leiterin beschloß, den Parteitag im Herbst dieses Jahres einzuberufen, und zu dessen öffentlicher Berufung auch die früheren Reichstagsabgeordneten und die den Einzel-Landtagen angehörenden Parteigenossen einzuladen. Mehrere der gegenwärtigen und früheren Abgeordneten sind theils durch noch andauernde Gefangenschaft, theils durch noch obschwebendes Strafverfahren an der Unterzeichnung verhindert.

Als Tagesordnung für den Parteitag ist festgesetzt:

1) Rechenschaftsbericht des Vorstandes der Reichstagsfraktion. Berichterstatter: Grillenberger.

2) Haltung und Thätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag und in den Landtagen. Berichterstatter: Hasenclever, Singer und Bebel.

3) Stellung der Partei zu den Reichssteuer- und Zoll-Fragen in Verbindung mit der Sozialreform der Regierungen und der Arbeiterschutzgesetzgebung. Berichterstatter: Auer und Grillenberger.

4) Stellung der Partei bei den letzten und zu den nächsten Reichstagswahlen. Berichterstatter Liebknecht.

5) Antrag auf Einberufung eines internationalen Arbeiter-Kongresses für das nächste Jahr, welcher ein gemeinsames Vorgehen der Arbeiter aller Kulturländer in Bezug auf eine internationale Arbeiterschutzgesetzgebung vereinbaren soll. Berichterstatter: Bebel.

6) Die Stellung der Sozialdemokraten zu den Anarchisten. Berichterstatter Liebknecht.

Parteigenossen! Obgleich die Erörterung aller Fragen, über die auf dem Parteitag verhandelt werden soll, in keinem Widerspruch mit dem gemeinen Recht in Deutschland steht, zwingt uns das Ausnahmegesetz und seine Handhabung, besondere Schutzmaßregeln zu treffen.

Aus diesem Grund, und damit der Parteitag ungestört verhandeln kann, sind wir genöthigt, Ort und Zeit vorläufig nicht bekannt zu geben.

Parteigenossen, wir ersuchen Euch um zahlreichen Besuch.

Jeder Genosse ist willkommen.

Selbstverständlich bleibt dem Parteitag der Beschluß über die Zulassung der einzelnen Teilnehmer vorbehalten.

Wer sich an den Verhandlungen des Parteitages betheiligen will, muß spätestens bis zum 15. September sich bei einem Mitgliede des Fraktionsvorstandes, welcher aus den Genossen A. Bebel (Blauen-Dresden), C. Grillenberger (Nürnberg), W. Hasenclever (Dessau), H. Meister (Hannover), Paul Singer (Dresden) besteht, melden.

Mit sozialdemokratischem Gruß!

J. Auer. A. Bebel. W. Bloß. W. Bod. H. Diez. R. Frohme.
F. Geyer. C. Grillenberger. F. Harm. W. Hasenclever. A. Heine.
F. Jöst. A. Raden. M. Kayser. W. Liebknecht. H. Meister.
H. Röbiger. A. Sabor. G. Schumacher. P. Singer. W. Stolle."

* * *

Dieser Aufruf fand in den weitesten Kreisen der Parteigenossen den lebhaftesten Widerhall und von allen Seiten liefen die Anmeldungen von Genossen ein, welche anzeigten, daß sie geneigt seien, an dem Parteitag theilzunehmen.

Der mit der Ausführung für den Parteitag beauftragte Fraktionsvorstand hatte sich mittlerweile mit einigen in der Schweiz lebenden deutschen Genossen in Verbindung gesetzt, die ihrerseits wieder befreundete Schweizerbürger fanden, die geneigt waren, in ihrer Heimath alle Vorbereitungen für die Abhaltung des Parteitages zu treffen.

Man kam überein, denselben im Kanton St. Gallen abzuhalten, und es gelang den Schweizer Freunden (Bürgern der Stadt St. Gallen), in der Brauerei zu den „Schönenwegen“ in Bruggen, eine halbe Stunde von St. Gallen, ein Lokal ausfindig zu machen, das in jeder Beziehung zu dem beabsichtigten Zweck sich eignete.

Mitten in einer romantischen Gegend gelegen, ist die Brauerei zu den „Schönenwegen“ namentlich Sonntags einer der Lieblingsaufenthalte der St. Galler Bevölkerung. Die Wirthschaft hat wegen der vortrefflichen Verpflegung, die sie ihren Gästen bietet, in der ganzen Gegend einen guten Ruf, und der schöne und geräumige Saal ermöglicht, denselben so abzutheilen, daß die eine Hälfte zu den Berathungen verwendet werden konnte, und die andere größere Hälfte als Speisesaal und als Aufenthaltsort für die Dauer der Pausen diente. Da es ferner wünschbar war, die Teilnehmer des Parteitages möglichst zusammenzuhalten, um die Berathungen ohne erhebliche Unterbrechungen zum Abschluß bringen zu können, für viele der Teilnehmer auch finanzielle Rücksichten ein möglichst billiges Quartier wünschbar machten, wurde auf dem sehr geräumigen Oberboden des Hauses eine Art „Feldlager“ errichtet, wie dies den letzten Sommer Schweizer Milizen in denselben Räumen genossen hatten. Die Arrangements hatte ein St. Galler Bürger, welcher

dem Militärdepartement nahe steht, übernommen und von letzterem 150 wollene Decken für den erwähnten Zweck zur Verfügung gestellt erhalten.

So war Alles vortrefflich vorbereitet.

Sonntag, den 2. Oktober, Nachmittags und Abends trafen die Teilnehmer, welche sich im Laufe dieses und des vorhergehenden Tages auf Anweisung der Einberufer des Parteitages in Olten und Schaffhausen gesammelt hatten, in Trupps in St. Gallen ein, wo sie von Freunden am Bahnhof empfangen und nach dem Versammlungslokale geleitet wurden.

Dort begrüßte Abends halb 9 Uhr im Namen der Einberufer Genosse **Auer** die Versammelten, hieß sie herzlich willkommen, und nachdem er die Vorgeschichte des Parteitages dargelegt hatte, machte er die Anwesenden mit der Art und Weise des getroffenen Arrangements in Bezug auf Logis und Verpflegung und den beabsichtigten Gang der Verhandlungen bekannt. Die Versammlung, in der 65 Teilnehmer anwesend waren, erklärte sich mit den gemachten Vorschlägen einverstanden und beschloß, nächsten Vormittag 9 Uhr die offiziellen Verhandlungen zu beginnen.

Bevor wir den Bericht über diese folgen lassen, müssen wir mit einigen Worten auf die Verdächtigungen zu sprechen kommen, welche sofort beim Beginn des Parteitages durch eine gewisse Presse ausgesprengt wurden.

Die von feindlicher Seite bediente „Neue Züricher Zeitung“, das Organ der „liberalen“ Bourgeoisie in Zürich, hatte die Nachricht verbreitet, und die gegnerische Presse in Deutschland hatte diese Nachricht mit Behagen weiter kolportirt, daß während der Beratungen des Parteitages das Haus von Wachen umstellt gewesen und jeder sich nähernde Fremde aus dem Bannkreise zurückgewiesen worden sei. Ferner, daß bei gewissen Beratungen — bei welchen, darüber schwieg der edle Berichtserstatter — selbst das Bedienungspersonal des Wirthes durch Parteigenossen in der Bedienung der Teilnehmer abgelöst worden sei. Diese und ähnliche Nachrichten sind elende Erfindungen, ausgehend von einem Reporter, der einestheils aus Aerger darüber, daß er nichts Genaueres erfahren konnte, andernteils im Dienste der Feinde unserer Sache stehend, darauf ausging, den Parteitag zu diskreditiren. Schwerlich würde der Wirth des Lokals sich herbeigelassen haben, die zahlreichen Gäste, die während des ganzen Jahres ihn besuchten, dem Parteitag zuliebe vom Besuch seines, an einer sehr frequenten Landstraße gelegenen Lokals abzuweisen. Dann aber hatte der Parteitag selbst **gar kein Interesse**, ein solches Verlangen zu stellen. Und in der That waren denn auch die Parterrelokalitäten der Wirthschaft während dieser Tage von Besuchern der verschiedensten Art von früh bis spät besetzt, möglicherweise sogar von deutschen Polizeispionen.

Dagegen standen die übrigen Räumlichkeiten des Hauses dem Parteitag zur Verfügung, und hier übte er allerdings das Hausrecht aus, ohne jedoch einmal in die Verlegenheit zu gerathen, einen der zahlreichen Gäste, die sich meldeten, zurückweisen zu müssen.

Die Beschlüsse, welche am Tage nach Schluß des Parteitages eine in demselben Lokal tagende Versammlung von Schweizerbürgern gegenüber den hekerischen Denunziationen faßte, welche ein kleiner Theil der Schweizer und ein sehr großer Theil der deutschen Presse gegen den Parteitag sich zu Schulden kommen ließ, zeigen am schlagendsten, wie es mit den Berathungen des Parteitages und den gegen ihn gerichteten Anschuldigungen bestellt war. Die diesbezüglichen Beschlüsse sind am Schlusse dieses Berichtes mitgetheilt.



1. Sitzung.

Montag den 3. Oktober, Vormittags 9 Uhr.

Konstituierung des Bureau's.

Es werden zu Präsidenten Hasenclever und Singer und sechs Schriftführer durch Akklamation gewählt.

Nach Verlesung der Präsenzliste ergibt sich, daß 66 Theilnehmer anwesend sind, eine Zahl, die sich im Laufe des Parteitages auf 79 erhöht.

Der Präsident konstatirt, daß gegen die Theilnahme irgend eines der anwesenden Genossen keine Einwendungen erhoben wurden.

Nachstehende Geschäfts-Ordnung wird einstimmig angenommen.

Geschäfts-Ordnung.

- 1) Bei dem Beginn jeder Sitzung läßt der Vorsitzende die Präsenzliste verlesen, später Eintretende sind verpflichtet, sich beim Bureau zu melden.
- 2) Wer vor Schluß des Parteitages abreisen will, ist verpflichtet, dies dem Vorsitzenden anzuzeigen.
- 3) Die Redezeit der Referenten wird auf 1 Stunde festgesetzt. Die Antragsteller selbständiger Anträge haben eine Redezeit von 30 Minuten.

In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort.

- 4) Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.
- 5) Bei Meldungen zur Geschäftsordnung hat der Vorsitzende jederzeit das Wort außer der Reihenfolge der Redner zu erteilen.
- 6) Alle Anträge, auch die Anträge auf Schluß der Rednerliste oder der Debatte oder auf Vertagung, müssen, bevor sie zur Diskussion gestellt werden, von mindestens zehn Theilnehmern des Parteitages unterstützt sein.
- 7) Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.
- 8) Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder der Debatte oder auf Vertagung erhält nur ein Redner für und einer gegen den Antrag das Wort.
- 9) Auf Antrag von mindestens 15 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

- Durch Anfrage wurde die Tagesordnung folgendermaßen festgestellt:
- 1) Rechenschaftsbericht des Vorstandes der Reichstagsfraktion. (Berichtserstatter: Grillenberger und Bebel.)
 - 2) Haltung und Thätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag und Landtag. (Berichtserstatter: Hasenclever, Bebel und Singer.)
 - 3) Stellung der Partei zu den Reichssteuer- und Zollfragen in Verbindung mit der Sozialreform der Regierungen und der Arbeiterschutz-Gesetzgebung. (Berichtserstatter: Auer und Grillenberger.)
 - 4) Stellung der Partei bei den letzten Reichstags- und zu den künftigen Reichs-, Landtags- und Gemeinde-Wahlen. (Berichtserstatter: Liebknecht.)
 - 5) Antrag auf Einberufung eines internationalen Arbeiter-Kongresses für das nächste Jahr, welcher ein gemeinsames Vorgehen der Arbeiter aller Kulturländer in Bezug auf eine internationale Arbeiterschutz-Gesetzgebung vereinbaren soll. (Berichtserstatter: Bebel.)
 - 6) Die Stellung der Sozialdemokratie zu den Anarchisten. (Berichtserstatter: Liebknecht.)
 - 7) Anträge aus der Mitte des Parteitagcs.

Ueber den ersten Punkt referirte, an Stelle des erkrankten Grillenberger, Bebel.

Derselbe führt aus, daß trotz aller Verfolgungen es nicht gelungen sei, die Kraft und vor Allem den Opfermuth der Partei zu brechen, der beste Beweis dafür seien die Geldmittel, welche für Parteizwecke aufgebracht worden seien.

Besonders müsse hervorgehoben werden, daß die Städte und Bezirke, über welche der kleine Belagerungszustand erklärt ist, sich durch großartige Opferwilligkeit auszeichneten. Nicht nur, daß die Genossen dieser Bezirke für die Opfer der Ausweisungen sorgten, einzelne dieser Bezirke hätten außerdem auch noch bedeutende Summen zu allgemeinen Parteizwecken, Wahlen zc. beigetragen.

In Bezug auf das Unterstützungswesen rügt der Redner, daß noch häufig Gelder zu Unterstützungszwecken in's Ausland geschickt wurden, die besser an die bekannten Personen in Deutschland, denen die Partei das Vertrauen entgegenbringt, daß sie die Unterstützungen nach Bedürfnis und gerecht vertheilen, abgeliefert würden.

Es entstanden durch ein solches Verfahren rechnerische Schwierigkeiten, außerdem aber berge dasselbe Gefahren für die Absender der Gelder in sich, welche besser vermieden würden.

Die Partei ordne ihre Angelegenheiten im Reiche selbst und es empfehle sich deshalb sehr, den vorstehend angeführten Umweg in Zukunft nicht mehr zu wählen.

Sehr bedauerlich sei, daß die Fälle noch immer sehr häufig vorkommen, daß Genossen um unbedeutender Strafen oder drohender Prozesse willen, welche ihnen in Aussicht stehen, in's Ausland fliehen, öfter unter Zustimmung der Genossen ihres Wohnortes.

Die Folgen einer solchen wenig rühmlichen Flucht seien meistens für die Flüchtigen selbst recht wenig angenehm. Besonders die nach der Schweiz kommenden Flüchtlinge müßten in den meisten Fällen die Erfahrung machen, daß es den schweizerischen Genossen (für das übrige Ausland gilt genau dasselbe) rein unmöglich sei, Arbeit und Unterkunft für die Flüchtigen aufzutreiben.

Die Folge davon wäre in sehr vielen Fällen, daß, nachdem die Flüchtigen Monate lang, sich selbst und den Parteigenossen zur Last, von Ort zu Ort gewandert seien, sie sich schließlich doch entschließen müßten, ins Reich wieder zurückzukehren, um dort unter viel erschwerteren Umständen ihre Strafe dann abzubüßen und durch all' das den Parteigenossen unnütze Opfer und Unannehmlichkeiten aller Art auferlegten.

Eine besonders beachtenswerthe schlimme Folge der unmotivirten Ausreisereien sei aber besonders, daß dieselben sowohl von Staatsanwälten als Richtern dazu benutzt würden, häufig gegen in Untersuchung befindliche pflichtbewußte Genossen die Untersuchungshaft zu beantragen und zu verhängen.

Es müsse also mit aller Entschiedenheit gegen derartige Ausreisereien, denen nur allzuhäufig ein starker Beigeschmack von Feigheit anhafte, protestirt werden. Der Redner constatirt aber zugleich dem gegenüber, daß die weitaus größte Mehrzahl der in Deutschland verfolgten Genossen muthig und opferwillig die Folgen ihrer Handlungen auf sich nähmen. Redner stellt eine Resolution in Aussicht, durch welche der Parteitag Stellung zu dieser Angelegenheit nehmen soll.

Der Berichterstatter trug hierauf eine Zusammenstellung der für Unterstützungs- und sonstige Parteizwecke aufgebrauchten Gelder und deren Verwendung vor, wobei er vorausschickte, daß wegen des häufigen Fehlens der Angabe bei Einsendung von Geldern, für welche spezielle Zwecke sie bestimmt, es unmöglich gewesen sei, die Eingänge genau zu trennen. Er könne also nur die Generalsummen aufführen.

Am 1. April 1883 standen zur Verfügung	2758	Mt.	61	Pf.
dazu seien gekommen bis Ende Dezember 1883	9296	"	43	"
vom 1. Januar bis 31. Dezember 1884	37165	"	63	"
vom 1. Januar bis 31. Dezember 1885	29328	"	47	"
vom 1. Januar bis 31. Dezember 1886	30195	"	11	"
vom 1. Januar bis 31. August 1887	27004	"	33	"

in Summa 135748 Mt. 58 Pf.

Ferner gingen in dem Zeitraum vom 1. April 1883 bis 31. August 1887 von im Ausland lebenden Genossen gesammelte Gelder ein in Höhe von

52907 " 12 "

und belaufe sich also die Gesamteinnahme auf 188655 Mt. 70 Pf. Weiter sei einem der Mitglieder des Fraktionsvorstandes eine Summe von 20,000 Mt., die in Staatspapieren deponirt sei, zur Verfügung gestellt worden, die dieser seinerseits der Partei zur Verfügung stelle. — Diese 20,000 Mt. seien in der obigen Summe nicht einbegriffen.

Die Ausgaben innerhalb des angegebenen Zeitraums beliefen sich für die Wahlen, den Reichstag, die Unterstützung der Familien ausgewiesener und gemäßigter Genossen, Gerichts- und Vertheidigungskosten und Gefängnisunterstützung auf insgesammt 169,254 Mt. 35 Pf., für

Unterstützung von durch die Rheinüberschwemmung geschädigter Genossen 847 Mk. 22 Pf. Am 1. September dieses Jahres waren demnach noch zur Verfügung 18,494 Mk. 13 Pf. Der Berichterstatter hebt hervor, daß unter den eingegangenen Geldern die Sammlungen nicht einbegriffen seien, welche die einzelnen Orte in Deutschland für die verschiedensten lokalen Zwecke aufgebracht hätten und deren Höhe sich auch nicht annähernd feststellen lasse, da hierüber jede Unterlage fehle, er glaube aber annehmen zu dürfen, daß sie das Mehrfache der erwähnten Summen betrügen. Die Opferwilligkeit der Arbeiter sei an sehr vielen Orten ganz unglücklich.

Insbesondere aber halte er sich verpflichtet, der Opferwilligkeit unserer in Amerika lebenden Genossen zu gedenken, welche von den Beträgen, die aus dem Ausland eingegangen seien, den Löwenantheil eingesandt hätten. Auch die deutschen Genossen in der Schweiz, obgleich nicht groß an Zahl und nach den verschiedensten Richtungen hin für die Deckung der eigenen Bedürfnisse stark in Anspruch genommen, hätten sich sehr opferbereit gezeigt, indem sie über 6000 Franken in dem erwähnten Zeitraum eingesandt, außerdem hätten die deutschen Genossen in der Schweiz über 1300 Franken für Unterstützungen an hilfsbedürftige Genossen innerhalb derselben Zeit ausgegeben. Redner fordert die Anwesenden auf, als Zeichen der Anerkennung für die Opferwilligkeit der deutschen Genossen im Ausland sich von den Plätzen zu erheben, eine Aufforderung, welcher die Versammlung unter Beifallerufen einmüthig Folge leistete.

Seitens der um Prüfung dieser Aufstellung ersuchten Genossen wird konstatiert, daß dieselben, abgesehen von einzelnen untergeordneten Punkten und Irrthümern, welche indeß aus der Natur der Ausnahmeverhältnisse im Reiche resultirten und für deren Abhülfe nach Kräften Sorge getragen werden würde, alles in Ordnung gefunden haben.

Der Parteitag nimmt von diesen Mittheilungen mit Genugthuung Kenntniß.

In der Debatte wurden von verschiedenen Seiten Fälle angeführt, in welcher kopfloser Weise einzelne Ausgewiesene oder unter Anklage stehende Personen sich in's Ausland flüchteten. Unter Anderem wurde ein Fall mitgetheilt, daß ein aus Stettin ausgewiesener Schuhmacher mit sammt Familie nach Zürich kam, von dort aber, da er für die daselbst übliche Arbeit unverwendbar war, in seine Heimath nach Bromberg gesandt werden mußte. — Dort angekommen, fand der Ausgewiesene ebenfalls keine Arbeit, so daß ihm schließlich auch noch die Mittel zur Auswanderung nach Amerika beschafft werden mußten. Verschiedene Redner brachten ähnliche Vorgänge aus ihrer Heimath ebenfalls zur Kenntniß der Versammlung.

Von einer Seite wird der Antrag gestellt, das Unterstützungswesen mehr als bisher zu zentralisiren. Es wird dagegen geltend gemacht, daß nach Lage der Dinge sowohl gewichtige praktische Gründe, die des Näheren dargelegt wurden, als auch Unannehmlichkeiten, welche möglicherweise aus der üblichen Handhabung der Geseßgebung entstehen könnten, die Ausführung eines solchen Verlangens unmöglich erscheinen ließen. Im Großen und Ganzen habe die bisherige Art der Handhabung des Unterstützungswesens sich bewährt, zu wünschen wäre nur, daß die

Genossen an den einzelnen Orten die an sie herantretenden Unterstützungsgefuche mit größerer Strenge prüften. Der Antrag auf größere Zentralisation des Unterstützungswesens wird mit großer Majorität abgelehnt. Dagegen wird nachstehender vom Berichterstatter eingebrachter Antrag einstimmig angenommen. Derselbe lautet:

„Der Parteitag fordert die Genossen auf, der Flucht von Parteigenossen wegen drohender Prozesse oder Gefängnißstrafen möglichst entgegenzutreten und eventuell jede materielle Unterstützung zu versagen.“

Schluß der Sitzung $\frac{1}{2}$ 1 Uhr Mittag.

2. Sitzung.

Montag, 3. Oktober, Nachmittags 3 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung werden mehrere Zuschriften verlesen, darunter ein sogenannter Organisations-Entwurf von in London wohnenden Sozialdemokraten. Die in dem Entwurf enthaltenen Vorschläge zeugten von einer so naiven Auffassung der in Deutschland herrschenden Zustände, daß sie die allgemeine Heiterkeit der Versammlung erregten, welche einstimmig über die Vorschläge zur Tagesordnung überging. Konstatirt wurde, daß mehrere der Unterzeichner jener Organisations-Vorschläge nach Verbüßung verhältnißmäßig kurzer Gefängnißstrafen es vorzogen, in's Ausland zu gehen und nun von dort aus den in Deutschland lebenden Genossen Unmögliches zumutheten.

[Zweiter Punkt der Tagesordnung.

Der erste Berichterstatter, Hasenclever, glaubt, daß die Haltung der sozialdemokratischen Abgeordneten eine korrekte war. Dieselben hätten der Auffassung gehuldigt, daß sie auch positiv zu wirken hätten. Dieses sei hauptsächlich geschehen durch Einbringung des Arbeiterschutzgesetzentwurfes. Zwar hätten sich die Abgeordneten nie der Hoffnung hingegeben, daß der Reichstag, wie er jetzt zusammengesetzt sei, jemals den Entwurf zum Gesetze machen werde. Man hielt es aber aus agitatorischen Gründen für höchst wichtig, einen derartigen Antrag einzubringen. Ob derselbe später wiederholt werden solle, darüber will Redner sich nicht äußern. Die Abgeordneten hätten noch weitere Anträge gestellt. Der Diätenantrag sei eine Antwort auf die Diätenprozesse gewesen, durch welche die Regierung den auch geglückten Versuch gemacht hat, Abgeordneten die Diäten wieder zu entreißen. Zur Polenausweisung nahm die Fraktion Stellung durch einen Antrag, welcher die Ausweisungen auf das Entschiedenste verurtheilte. Die Majorität des Reichstages sei indeß zu feige gewesen, einen so einschneidenden Entschluß zu fassen. Mehr Erfolg habe die Fraktion mit dem Antrag auf Entschädigung der zum Heeresdienst einberufenen Reservisten und Landwehrleute gehabt. Zum Wahlgesetz seien Anträge gestellt worden, welche eine durchgreifende Sicherung des Wahlgeheimnisses bezweckten, ebenso sei gegenüber dem

Anträge auf Verlängerung der Legislaturperioden der Antrag eingebracht worden, die Legislaturperioden abzukürzen. Gegenüber dem Puttkamer-schen Streikerlaß habe die Fraktion in Gestalt einer Interpellation energisch Stellung genommen, die Majorität des Reichstages und speziell auch der Freisinn hätten es jedoch auch bei dieser Gelegenheit nicht der Mühe werth gefunden, die Interessen der Arbeiter energisch zu wahren.

Mehrere kleinere Anträge seien noch gestellt worden, ohne daß damit irgend welche positive Erfolge erzielt worden wären. Gegenüber dem Etat hätten die Abgeordneten dieselbe ablehnende Haltung beobachtet, wie es bisher immer geschehen, so lange es sozialdemokratische Abgeordnete im Reichstage gegeben. Diese Haltung schloß nicht aus, daß die Fraktion für einzelne Etatspositionen eintrat, welche geeignet schienen, den Interessen der Kultur und des Fortschrittes zu dienen. Das sei z. B. geschehen bei der Forderung für den Nord-Ostsee-Kanal. Gewiß werde derselbe auch zu militärischen Zwecken dienen, indeß die Fraktion sagte sich, daß durch den Kanal noch immer der Handel und Völker-Verkehr seine Schiffe senden wird, wenn das Todten-glöcklein den derzeitigen europäischen Militärstaaten längst geläutet habe. Der Militärvorlage gegenüber nahm die Fraktion von vorne herein eine ablehnende Haltung ein. Die Fraktion hätte es in der Hand gehabt, schon bei der zweiten Lesung den Fortschritt und das Zentrum in die Minorität zu bringen; sie that es aber nicht. — Vielleicht war das ein Fehler, doch konnte man vorher unmöglich wissen, daß die Fortschrittspartei bei den Neuwahlen sich so erbärmlich halten würde, wie dies geschehen. Die Schnapssteuer sei von der Fraktion abgelehnt worden, wie dieselbe jede indirekte Steuer bisher abgelehnt habe und in Zukunft ablehnen werde. Gelegentlich der Verhandlungen über die Denkschriften betreffend den kleinen Belagerungszustand sei von den Rednern der Fraktion der Parteistandpunkt auf's Energischste vertheidigt worden. Der Redner führt aus, daß sowohl innerhalb der gegnerischen Parteien als auch bei den Regierungen immer mehr das Bestreben hervortrete, die Verhandlungen über diesen Gegenstand möglichst weit hinauszuschieben. Es sei das ein sprechendes Zeugniß für das schlechte Gewissen der herrschenden Klassen. Das Sozialistengesetz sei in den letzten vier Jahren zweimal verlängert worden. Die Stellung der Fraktion diesen Vorlagen gegenüber sei konsequenterweise die gewesen, keinerlei Milderungs- resp. Abänderungsanträgen anderer Parteien die Zustimmung zu ertheilen. Wolle man dieses uns ächtende Gesetz nicht ganz beseitigen, so mögen die Urheber und Träger desselben auch die volle Verantwortung dafür übernehmen. Ein Verzicht der Abgeordneten auf positive Thätigkeit wäre gleich mit dem Verschwinden der Partei aus den Parlamenten und damit zugleich aus dem öffentlichen Leben.

Als zweiter Berichterstatter nimmt Debel das Wort. Noch niemals habe unter den Parteigenossen ein Zweifel bestanden darüber, daß die Macht der sozialdemokratischen Partei wesentlich mit auf ihrer parlamentarischen Thätigkeit und der Theilnahme an den Wahlen beruhe. Nicht die Theilnahme an den Wahlen sei es also, was der Partei zum Schaden gereiche, sondern nur die Ueberschätzung des Parlamentarismus könne gefährlich werden. Wer freilich glaube, daß auf dem heutigen parlamentarisch-konstitutionellen Wege die letzten Ziele des

Sozialismus erreicht werden könnten, kenne entweder dieselben nicht oder aber er sei ein Betrüger.

Es sei nicht richtig, anzunehmen, daß unsere parlamentarische Thätigkeit vollständig ohne Erfolg gewesen sei. Die heutige Stärke der Partei und der Einfluß, den sie im öffentlichen Leben bis hinauf zu den Entschliefungen der regierenden Gewalten sich erobert habe, sei die Folge auch der parlamentarischen Thätigkeit und das Sozialistengesetz nur der Ausfluß der Furcht vor unserer Macht und damit ein glänzendes Anerkennntnis unserer Wirksamkeit.

Andererseits wolle er doch nachdrücklich darauf aufmerksam machen, daß Fürst Bismarck selbst im Reichstag auf Redners Prookation zugegeben habe, daß ohne die Sozialdemokratie die Reichsregierung an sozialreformerische Maßregeln kaum gedacht haben würde. Wie gering man auch diese schätzen möge, ein moralischer Erfolg seien sie doch. Die Beachtung, welche die soziale Bewegung gegenwärtig überall finde, sei das Werk unserer Thätigkeit, und zwar wesentlich auch unserer parlamentarischen Thätigkeit.

Es habe eine Zeit gegeben, wo man die Teilnahme an den Landtagswahlen für überflüssig hielt. Diese Annahme habe sich als falsch herausgestellt. Die Einzellandtage hätten noch ganz wesentliche Gebiete positiver Thätigkeit.

Die Gesetzgebung über die Schule und Kirche, die gesammte innere Staatsverwaltung (Polizei, Gerichte, Gefängniswesen u.), über das Verkehrswesen (Eisenbahnen, Straßen u.), den Bergbau, das Armenwesen, die innere Steuergesetzgebung, die Verwaltung des Staatseigentums, wie der Bergwerke, Wälder, Domänen u. s. w., sei der Thätigkeit der Landtage unterstellt. Hier könnten die sozialdemokratischen Abgeordneten eine den herrschenden Klassen und der Regierung sehr unbecueme und unangenehme Thätigkeit entsalten. Das habe, glaube er, das Auftreten der sächsischen Abgeordneten im sächsischen Landtage zur Genüge bewiesen.

Zwar unterliege es keinem Zweifel, daß, je stärker die sozialdemokratische Vertretung in den Parlamenten werde, die gegnerischen Parteien sich mehr und mehr aneinanderschlößen und immer reaktionärer würden, aber das sei nicht zu ändern. Das schütze die sozialistische Partei vor der Gefahr, jemals in den kleinen Fragen des heutigen Parlamentarismus eine entscheidende Rolle zu spielen. Es werde die Parteivertreter nie in die Verlegenheit setzen, sogenannte „Staatsmänner“ zu spielen und sich in kompromittierende Kompromisse, wie sie bei einem solchen Verhältnisse fast unausbleiblich seien, einzulassen. Aus diesem Grunde habe er durchaus nicht bedauert, daß die Partei bei den letzten Reichstagswahlen eine gewisse entscheidende Stellung zwischen den verschiedenen Parteien, die sie vorher hatte, verloren habe. Wäre, wie man anfangs glaubte, das Parteienverhältnis bei den Neuwahlen im Wesentlichen das alte geblieben und hätten wir, wie gehofft wurde, eine noch größere Zahl von Abgeordneten in den Reichstag gebracht, so daß diese das Zünglein der Waage in einer ganzen Reihe verhältnismäßig untergeordneter Fragen in der Hand gehabt, er, Redner, hätte diese verführerische Situation für äußerst bedenklich gefunden. Die Neigung zu Kompromissen und zu sogenannter praktischer Thätigkeit wäre dann höchst wahrschein-

sich in unseren Reihen so gewachsen, daß vermuthlich eine Spaltung eingetreten wäre. Der Ausfall der Wahlen habe dies verhindert.

In den einzelnen Landtagen verhindere schon das Zweitammersystem, daß die Sozialdemokratie jemals einen entscheidenden Einfluß gewinne. Die Anwesenheit sozialdemokratischer Abgeordneter wirke aber, wenn richtig ausgenutzt, in negativer Weise, und doch positiv zu Gunsten der Arbeiter. So habe die im sächsischen Landtag unsererseits geübte scharfe Kritik an den vielfach vorgekommenen Polizeiübergriffen eine wesentliche Besserung zur Folge gehabt.

Das Auftreten unserer Abgeordneten zu Gunsten der Bergarbeiter sei ebenfalls nicht ohne günstige Folgen in Bezug auf Schutzmaßregeln und schärfere Ueberwachung der Bergbetriebe gewesen. Auch bei der Einführung des Krankenkassengesetzes für die Bergarbeiter habe sich die Einwirkung unserer Abgeordneten zu Gunsten der Bergarbeiter sehr vortheilhaft erwiesen.

Ferner erörtert Redner das Auftreten der sozialistischen Abgeordneten für die Interessen der niederen Bahnbeamten, der Waldarbeiter in den Staatswaldungen, den Antrag auf Aufhebung des Schulgelbes u. s. w.

Gebe auch die sächsische Regierung selten oder nie zu, daß eine von uns ausgehende Beschwerde berechtigt sei, so sei es doch Thatsache, daß in vielen Fällen später eine Aenderung im Sinne der geübten Kritik vorgenommen wurde.

Redner kommt auf die Stellung der sächsischen Abgeordneten zur Gründung der Arbeiterkolonie in Schneckengrün zu sprechen, weil diese Abstimmung mehrfach von Genossen kritisiert worden sei. Die sozialistischen Abgeordneten hatten für die geforderten 8000 Mk. gestimmt. Bei der durch die Abgeordneten hierüber hervorgerufenen Debatte wäre aber kein Zweifel darüber gelassen worden, daß sie sich über den Werth von solchen Kolonien nicht täuschten, daß man das Geld nur versuchsweise bewilligte und dasselbe künftig verweigern werde, wenn durch die Arbeit der Kolonisten diejenige der freien Arbeiter geschädigt würde. Man sehe in diesen Kolonien nichts Anderes als eine andere Form von Armenunterstützung, aber keineswegs ein soziales Heilmittel.

Redner erörtert noch die Frage, in welcher Weise unsere Partei bei den Wahlen überhaupt vorzugehen habe. Der Parteitag müsse sich hierüber klar aussprechen, er müsse sich auch entscheiden, ob er es für zulässig halte, daß da, wo unsere Partei aus eigener Kraft nicht siegen könne, sie sich mit fremden Parteien verbinden dürfe. — Er halte die Betheiligung an jeder Wahl für nöthig, er wolle aber keinerlei Kompromisse, warne vor jeder Ueberschätzung der parlamentarischen Thätigkeit, sei aber für entschiedenes Auftreten in den Volksvertretungen.

In der hierauf folgenden Debatte bemerkte ein Redner, daß der erste Berichterstatter die Dampfersubvention, über welche in der Fraktion sowie in der Partei doch so viel debattirt worden sei, nicht erwähnt habe. Er verlangt Aufklärung.

Ein anderer Redner will in der Dampfersubvention eine Zustimmung zu indirekten Steuern erblicken. Zugleich hebt Redner hervor, daß ihm zu Ohren gekommen sei, daß gelegentlich der letzten Verlängerung des Sozialistengesetzes ein großer Theil, ja sogar die Majorität der Fraktion geneigt gewesen wäre, für die bekannten Abmilderungs-Anträge Windt,

horst's zu stimmen, sich schließlich aber der gegentheiligen Ansicht der Minorität gefügt habe.

Der nächste Redner bedauert, daß man den hessischen Abgeordneten nicht mitgetheilt habe, daß der Berichterstatter sich mit den übrigen Landtagen nicht beschäftigen werde. In dem hessischen Landtage hätten unsere Vertreter eine Unterstützung der Arbeiterkolonien abgelehnt. Sie wollten das Manöver nicht unterstützen, als ob durch solche Mittelchen irgendwie ein eingreifender sozialer Uebelstand geheilt werden könne.

Redner bedauert, daß unsere Genossen noch allzuhäufig sich zu Kompromissen verleiten ließen, wobei sie regelmäßig die Dupirten seien.

Das Verhalten der Abgeordneten gegenüber der Dampfersubvention gibt dem Redner Anlaß, sein Bedauern über dasselbe auszusprechen. Er wünscht, daß die Reichstagsfraktion unter sich einiger sei und die starken Meinungsdivergenzen unterblieben.

Ein Braunschweigischer Genosse findet, daß die Fraktion uns nur verantwortlich sei für ihre Abstimmungen, niemals aber könnten Vorwürfe darauf basirt werden, was vorher in den Berathungen der Fraktion an Ansichten und Meinungen zu Tage getreten sei.

K a y s e r konstatiert, daß die Anhänger der Dampfersubvention glaubten, durch dieselbe das Interesse der Arbeiter zu fördern, vorausgesetzt, daß die von der Fraktion gestellten Bedingungen angenommen würden, und sucht dies in längerer Ausführung zu begründen.

Ein sächsischer Genosse protestirt gegen die Mandatssucht einzelner Genossen, welche, obwohl sie bereits im Besiz eines Landtags Mandats seien, sich auch noch in anderen Ländern um ein Mandat zum Landtag bewürben.

G e y e r findet nichts darin, daß der Referent die Dampfersubvention nicht erwähnt habe. Es stand den Anwesenden frei, die Frage auch so zu besprechen. Redner findet keinen Unterschied zwischen der Abstimmung für Schnedengrün oder der Dampfersubvention.

Beide Dinge hätten den Zweck, die politische Macht der Regierungen zu stärken, mit dieser Macht wachse aber auch die Reaktion. Ein Kompromiß mit den Deutschfreisinnigen, welches von diesen für die sächsischen Landtagswahlen angeboten wurde, sei von unserer Seite abgelehnt worden.

B e b e l: Für ihn sei die Schnedengrüner Angelegenheit abgethan, Neues habe man ihm darüber nicht sagen können, und er wolle Altes nicht wiederholen. Die Mahnung an die Fraktion, einig zu sein, sei wohl gut gemeint, aber er frage, wie man sich den Ausgleich von Meinungsdivergenzen, die doch nun einmal unausbleiblich seien, denke. Der Mahner zur Einigkeit in allen Fragen werde, wenn er einmal in der Fraktion sitze, selbst genöthigt werden, Partei zu ergreifen, und er (Redner) sei im Zweifel, ob das immer in einer friedensstiftenden Weise geschähe. Meinungsdivergenzen entstünden über gewisse praktische Fragen schon aus der verschiedenen Lebensstellung der Abgeordneten, ihrem Charakter, ihrem Naturell und vor Allem aus der Auffassung über das Stadium des Abwirthschaftungsprozesses, in dem die bürgerliche Gesellschaft sich befinde. Wer der Ansicht sei, daß die letztere in absehbarer Zeit an ihren eigenen Uebeln zusammenbreche und dann unsere Zeit komme, oder wer der Meinung sei, daß darüber noch Generationen hingingen und

man froh sein müsse, Forderungen, wie sie der Arbeiterschutzgesetzentwurf enthalte, am Ende seines Lebens durchgeführt zu sehen, werde in seinem taktischen Verhalten von ganz anderen Gesichtspunkten ausgehen. Und diese Verschiedenheit der Auffassung, die eben nicht zu beseitigen sei — man möge doch endlich lernen, unsere materialistische Welt- und Geschichtsauffassung auch auf unser eigenes Parteileben zu übertragen — werde stets zu neuen Meinungskämpfen innerhalb der Partei führen. Aber konstatieren wolle er ausdrücklich, daß diese Kämpfe dem persönlichen Freundschaftsverhältnisse der Abgeordneten zu einander keinen nachhaltigen Abbruch bisher gethan, und daß nach seiner, des Redners, fester Ueberzeugung Jeder im besten Glauben, das Wohl der Partei zu fördern, gehandelt habe. Er habe auch nicht gesagt, daß eine Spaltung unausbleiblich sei, sondern nur dargelegt, unter welchen Umständen und Verhältnissen sie möglich sei. Er glaube, gerade dadurch der Partei am besten zu dienen, wenn er rückhaltlos sich ausspreche.

Ein Berliner Redner erklärt sich mit den Abstimmungen der Fraktion in der Nordostseekanal-Frage und dem Einbringen des Arbeiterschutzgesetzes durchaus einverstanden, kritisiert hingegen in letzterem einige Bestimmungen, die nach seiner Meinung mit dem Parteiprogramm nicht ganz übereinstimmten. Auch sei von einem sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag bezüglich des „Sozialdemokrat“ eine Erklärung abgegeben worden, die nach seiner, des Redners, Auffassung verfehlt gewesen sei.

Ferner kritisiert derselbe Redner den Genossen *Heine* wegen seines Verhaltens vor dem Magdeburger Landgericht, den Genossen *Kayser* wegen seiner Angriffe auf die Berliner Genossen, den Genossen *Singer* wegen seiner im Reichstag gehaltenen Rede über die Frauenarbeit.

Die Genossen *Heine* und *Kayser* weisen diese Angriffe zurück und der Genosse *Singer* wies nach, daß seine Rede im Reichstag genau dem Parteiprogramm und den Anträgen der Fraktion im Arbeiterschutzgesetzentwurf entsprochen habe.

Ein rheinischer Genosse kommt auf die Haltung der Fraktion zum „Sozialdemokrat“ zu sprechen, worauf der Vorsitzende *Singer* den Redner nachdrücklich darauf aufmerksam macht, daß der „Sozialdemokrat“ hier nicht zur Verhandlung stehe und daß, solange er den Vorsitz habe, er nicht dulde, daß auf dem Parteitage eine Sache zur Sprache gebracht werde, welche den Anwesenden nur Verlegenheiten bereiten könne. Er handle hierbei im Auftrage und im Sinne der Einberufer des Parteitages und glaube, daß auch die Anwesenden die Situation erkennen und sein Verhalten als nothwendig billigen würden. Die Versammlung stimmt dem zu.

Ein Redner von der Ostseeküste spricht seine Meinung dahin aus, daß die Dampfersubvention wohl geeignet sein könne, um einen Theil der überschüssigen Produkte vom deutschen Markt ins Ausland zu bringen. Bedingung mußte aber sein und bleiben, daß die Schiffe auf deutschen Werften gebaut wurden. Die Fraktion könne nicht immer negiren, es müsse auch positiv gewirkt werden, um dadurch die Sympathien des arbeitenden Volkes zu gewinnen.

Im Laufe der Debatte wird hervorgehoben, daß es scheine, als ob der Fraktion für ihr Verhalten ab und zu der leitende Faden abhanden ge-

kommen sei. Falsch sei es, seine Befriedigung darüber auszusprechen, daß die Fraktion keine entscheidende Rolle im Reichstag spiele, damit sie nicht mehr in die „Verlegenheit“ komme, daß von ihrer Abstimmung irgend welche Entscheidung abhängt. Gerade im Momente solcher Entscheidung müßte sich zeigen, was die Fraktion zu leisten vermöge. Die Parteivertreter würden immer richtig handeln, wenn sie die Förderung der allgemeinen Arbeiterinteressen ohne Rücksicht auf kleinliche Lokalverhältnisse sich zur einzigen Richtschnur nähmen und sich nur vom Klassenbewußtsein leiten ließen.

Ein Genosse aus der Pfalz spricht sich gegen das nach seiner Meinung öfters zu gemäßigte Auftreten eines Theils der Fraktionsmitglieder aus. Ihm sei es am liebsten, wenn die Fraktion im Reichstage, gerade herausgesagt, „ruppiger“ aufträte.

(Große Heiterkeit.)

Die Sitzung, die von 3 Uhr Nachmittags mit einstündiger Unterbrechung für das Abendessen bis $\frac{1}{2}$ 11 Uhr gedauert hatte, wird abgebrochen und ihre Fortsetzung auf den folgenden Tag festgesetzt.

3. Sitzung.

Dienstag, 4. Oktober. Vormittags 8 Uhr.

Die Debatte über den zweiten Gegenstand der Tagesordnung: „Hal tung und Thätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag und den Landtagen“ wird fortgesetzt.

Die verschiedenen Redner ergingen sich in der bereits skizzirten Weise über die Thätigkeit der Parteivertreter, wobei einzelne der Redner wiederholt auf die Bedeutung der Dampfersubvention und der Arbeiterkolonien für die Partei- und Arbeiterbestrebungen zu sprechen kamen.

Mit Ausnahme eines Redners aus Württemberg, welcher von der parlamentarischen Thätigkeit der Partei wenig oder gar keinen Vortheil für dieselbe erwartet, vielmehr der Meinung ist, daß dieselbe sich nur protestirend verhalten und vor Allem auf die Beseitigung des Ausnahmege setzes hinarbeiten solle, erklären sich sämmtliche übrige Redner für die energische Betheiligung an der parlamentarischen Arbeit. Doch waren sämmtliche Redner auch darin einig, daß man sich vor Ueberschätzung derselben hüten müsse, daß es gelte, in den Verathungen mit Entschiedenheit aufzutreten und überall das Klasseninteresse der Arbeiter dem Klasseninteresse der Besitzenden gegenüberzustellen.

Liebnecht konstatirt die Einmüthigkeit, die sich in der Hauptsache in dieser Debatte auf dem Parteitag herausgestellt habe. Er bestreitet auch, daß innerhalb der Fraktion ernsthaft von zwei auseinandergehenden Strömungen gesprochen werden könne, das habe sich am deutlichsten gezeigt bei den mehrfach kritisirten Abstimmungen über die Dampfersubvention und die Arbeiterkolonie Schneidengrün. Die eine Abstimmung

lasse den sog. „Gemäßigten“, die andere den sog. „Radikalen“ zur Last, wo sei da die Grenze zu ziehen?

Nachdem noch eine längere Reihe von Rednern in den gleichen Richtungen wie die bereits erwähnten sich geäußert, ohne eigentlich neue Gesichtspunkte zur Sprache gebracht zu haben, erhält der dritte Berichterstatter, *Singer*, das Wort.

Dieser, die Hauptpunkte der Diskussion zusammenfassend, führt aus, wie gerade diese Debatte klar und deutlich ergeben habe, daß die Einberufung des Parteitages eine unbedingte Nothwendigkeit gewesen sei.

Redner wahrte der Partei die volle unbeschränkte Freiheit der Kritik der Thätigkeit der Abgeordneten und legt dar, daß die Kritik, resp. der Meinungsaustausch über die Haltung und Thätigkeit der Parteivertreter in den Parlamenten geboten sei, um die Abgeordneten in steter Fühlung mit dem Volkswillen zu halten.

Weil man allseitig mit Recht in den Wahlen und in der parlamentarischen Thätigkeit ein wesentliches Agitationsmittel erblicke, müsse man dafür sorgen, daß die Prinzipien der Partei auch an dieser Stelle mit allem Nachdruck vertreten würden, und die Abgeordneten könnten es daher nur freudig begrüßen, daß der Parteitag mit so lebendigem Interesse seine Ansichten über diese Frage ausgesprochen habe.

Zu den einzelnen Punkten übergehend, führte der Redner aus, daß die Haltung der Fraktion gegenüber den Windthorst'schen Anträgen bei dem Sozialistengesetz vollkommen korrekt gewesen sei.

Unter keinen Umständen hätte man um eines Vortheils willen der Abschwächung eines Ausnahmegesetzes zustimmen dürfen; die Partei hätte gezeigt, daß sie Opfer tragen könne, niemals aber werde die Sozialdemokratie für irgend welche Ausnahmegesetze zu haben sein.

Ueber die von einer Seite ausgesprochene Ansicht, daß eine einschneidende Kritik einem imperativen Mandat gleichkäme, äußerte der Berichterstatter, daß seiner Ansicht nach gegen das Prinzip des imperativen Mandats keine Einwendung zu machen sei, da dasselbe nur als Konsequenz der von der Partei erstrebten direkten Volksgesetzgebung zu betrachten sei.

Auch die Stellung der Fraktion in der Frage bezüglich des Verbotes der Kunstbutter wurde vom Berichterstatter beleuchtet, da diese Frage ebenfalls in der Diskussion von einem Redner behandelt war.

Singer begründete die Stellung der Fraktion zu dieser Frage damit, daß durch das Verbot der Kunstbutter den arbeitenden Klassen ein Nahrungsmittel entzogen werde, ein Vorgehen, welches einzig und allein den Agrariern zum Vortheil gereiche und die Preise der Naturbutter derartig in die Höhe schrauben würde, daß die Arbeiter nicht mehr im Stande sein würden, dieses Genussmittel für sich zu erschwingen. Die Verwendung von Kunstbutter sei schlechtem, ranzigem Naturprodukt entchieden vorzuziehen.

Nachdem der Berichterstatter alle in der Debatte aufgeworfenen Fragen kurz beleuchtet, schloß derselbe sein Referat mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß der stattgehabte Meinungsaustausch gute Früchte tragen werde, und sprach die Ueberzeugung aus, daß die Partei wie bisher auch in der Folge einig und geschlossen marschiren werde.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen kommt die im Laufe der

Diskussion von Genosse Fischer-Zürich eingebrachte Resolution zur Abstimmung, welche einstimmig angenommen wurde und also lautet:

„Der Parteitag ist der Ueberzeugung, daß nach wie vor die Stellung der Partei zu der parlamentarischen Thätigkeit der Abgeordneten im Reichstag und in den Landtagen die bisherige bleiben muß; wie bisher ist das Hauptgewicht auf die kritische und agitatorische Seite zu legen und die positive gesetzgeberische Thätigkeit nur in der Voraussetzung zu pflegen, daß bei dem heutigen Stand der Parteigruppierung und der ökonomischen Verhältnisse über die Tragweite dieser positiven Thätigkeit im Parlament für die Klassenlage der Arbeiter in politischer wie ökonomischer Hinsicht kein Zweifel gelassen und keine Illusion geweckt werden kann.“

Schluß der 3. Sitzung.

4. Sitzung.

Mittwoch, 4. Oktober. Nachmittags 3 Uhr.

Nach Verlesung der Präsenzliste wird in die Verathung des dritten Punktes der Tagesordnung: „Stellung der Partei zu den Reichssteuer- und Zollfragen in Verbindung mit der Sozialreform der Regierung und der Arbeiter-Schutzgesetzgebung“ eingetreten.

Hiezu erhält der Berichterstatter Auer das Wort.

Der Redner macht zunächst darauf aufmerksam, daß für den zur Debatte stehenden Punkt der Tagesordnung auch noch Grillenberger als Referent bestimmt gewesen sei, und zwar sollte derselbe speziell den auf die Arbeiterschutzgesetzgebung bezüglichen Theil behandeln.

Mittlerweile sei aber Grillenberger ein Unfall zugestoßen, der ihn verhindere, an den Verhandlungen theilzunehmen, und ersuchte deshalb Redner, es zu entschuldigen, wenn der Theil des Referates, welcher sich auf die Arbeiterschutzgesetzgebung beziehe, etwas in den Hintergrund trete.

Zu Einleitung seines Referates verweist der Berichterstatter auf die Resolution, welche der Kongreß der deutschen Sozialdemokratie 1876 in Gotha beschloß und in welcher die Partei Stellung zu der unter der Firma: „Schutz der nationalen Arbeit“ damals inauguirten Schutzoll- und Steuerpolitik nahm. Die Resolution von damals behandelte die Schutzollfrage nicht als prinzipielle Frage, sondern behielt der Partei das Recht vor, von Fall zu Fall Stellung zu nehmen. Dementsprechend sei auch bis heute verfahren worden.

So hinfällig, durch die Thatfachen ad absurdum geführt, auch die Behauptung sei, daß durch Schutzölle die soziale Frage in ihren Schärfen gemildert oder ihrer Lösung näher gebracht werden könne, so sei doch anderseits nicht zu leugnen, daß Schutzölle als Kampfmittel gegen Staaten, welche jeder Arbeiterschutzgesetzgebung gegenüber sich ablehnend verhalten und so durch rücksichtslose Ausbeutung der Frauen- und

Kinderarbeit eine unerträgliche Schmutzkonkurrenz bereiten, durchaus am Platze sein könnten. Gelänge es, eine internationale Regelung der Arbeiterschutzgesetzgebung anzubahnen, so würde gegen jene Staaten, welche sich einer solchen Regelung dauernd widersetzen, sogar eine vollständige Abschließung gegen ihre Industrieerzeugnisse sich rechtfertigen lassen.

Etwas Anderes sei es freilich mit der Schutzvollgesetzgebung, wie sie in Deutschland seit dem Jahre 1879 zum Durchbruch gelangt sei. Wenn zur Rechtfertigung derselben früher angeführt worden sei, daß die Industrie, sobald das heimische Gebiet gegenüber der ausländischen Schleuderkonkurrenz geschützt sei, auch die Arbeiter durch Erhöhung der Löhne an den „Segnungen“ der neuen Gesetzgebung theilnehmen lassen werde, so gebe es heute wohl keinen urtheilsfähigen Menschen mehr, der diese Phrase noch ernst nehme. Die Arbeiter selbst haben auf diesen Köder freilich von Anfang an nicht angebissen.

In ihren Kreisen erkannte man vom ersten Augenblick an, daß es sich nur darum handle, einerseits den Großindustriellen die leidige Konkurrenz des Auslandes vom Halse zu schaffen und ihnen so die heimischen Konsumenten noch in höherem Grade als bisher tributpflichtig zu machen, andererseits aber die Regierung in die Lage zu versetzen, sich auf dem Wege der indirekten Besteuerung diejenigen Millionen zu beschaffen, welche zum dauernden Unterhalt der riesigen Militärmacht nothwendig seien, und zu deren Ausbringung das deutsche Volk nie zu haben gewesen wäre, wenn die Besteuerung in direkter Form vor sich ginge und nicht durch die Verbrauchsabgaben, Zölle zc. verschleiert würde.

Wenn seit Einführung des neuen Zolltarifs zwischen einem Theil der liberalen Bourgeoisie und der Reichsregierung ein ziemlich heftiger Streit über die Nützlichkeit der Schutzvollgesetzgebung entbrannt sei, wobei von dem ersteren besonders auch darauf hingewiesen würde, daß diese Gesetzgebung eine übermäßige Belastung des armen Mannes im Gefolge habe, so sei das letztere zwar unbestreitbar richtig, ebenso wahr aber sei, daß die Führer unserer Freihandelspartei in den siebziger Jahren durchaus bereit waren, der Erhöhung der Konsumabgaben auf Kaffee, Zucker, Tabak, Bier, Branntwein, Petroleum, welche Gegenstände der Reichskanzler einmal als die Luxusartikel der großen Masse des Volkes bezeichnet habe, ihre Zustimmung zu geben. Redner konstatiert diese Thatsache, indem er auf einen von der nationalliberalen Parteileitung vor einigen Jahren veröffentlichten Rechenschaftsbericht verweist, worin sich die Ausführungen des Reichskanzlers vom 22. November 1875 über die Vorzüge der indirekten Steuern fast wörtlich wiederfinden. Als jener Bericht aber abgefaßt und veröffentlicht wurde, zählten die Herren Rickert, Bamberger, Alexander Meyer zc. noch alle zur nationalliberalen Partei, und könne man aus dieser Thatsache ersehen, welchen Werth man den Deklamationen dieser Herren über die Schädlichkeit der indirekten Steuern und die ungerechte Belastung, die dadurch dem armen Manne aufgehaßt werde, beizumessen habe. Die Herren waren vollständig bereit, dem Volk alle die Lasten aufzubürden, welche dasselbe auch heute zu tragen habe, der Streit entstand nur darüber, daß die Regierung bei der Vertheilung des aus der neuen

Gesetzgebung für die Bourgeoisie sich ergebenden Profites den Großgrundbesitz und die Großindustrie gegenüber dem Großhandel bevorzugte.

Die Regierung selbst habe mit der Einführung der neuen Zoll- und Steuergesetzgebung ihren Zweck, die Füllung des Steuerfädels, vollständig erreicht. Einhundert und siebenzig Millionen Mark Steuern seien dem deutschen Volk seit dem Jahr 1879 von Rechts wegen neu aufgelastet worden, dazu komme jetzt noch die erhöhte Branntweinsteuer, deren Ertrag sich noch nicht mit Bestimmtheit feststellen lasse, der aber auf 100 Millionen sicher geschätzt werde. Auch die Kleinstaaten hätten aber während jener Zeit die Steuerschraube fortgesetzt schärfer angezogen und ebenso wüchsen unausgesetzt die Kommunal-, Kreis- und Provinzial-Lasten.

Zur Bekräftigung der bekannten Thatsache, daß die Einnahmen des Reiches fast ausschließlich aus indirekten Abgaben fließen, führt Nebner nachstehende Einnahme-Positionen aus dem Reichshaushalts-Stat für 1887/88 an. Darnach waren neben Anderem veranschlagt an Einnahmen aus:

Zöllen	245,665,000 Ml.
Tabaksteuer	8,191,000 "
Zuckersteuer	35,420,000 "
Salzsteuer	38,555,000 "
Branntweinsteuer	38,188,000 "
Brausteuern	17,846,000 "
Aversa	8,208,000 "

Neben dem Reich erhöhen aber auch die Einzelstaaten und Kommunen namhafte indirekte Abgaben. Nach einer von Schäffle in seinem Buche: „Die Grundsätze der Steuerpolitik und die schwebenden Finanzfragen Deutschlands und Oesterreichs, Tübingen 1880“ angezogenen Aufstellung betragen allein die Gesamtausgaben der Kommunen der preussischen Monarchie eine Milliarde. Ein nicht unerheblicher Theil dieser Summe findet auf dem Wege der Verbrauchs-Abgaben seinen Weg in den Gemeindefädel. Von den verschiedenen deutschen Staaten sei es besonders Bayern, welches durch seinen Malzaufschlag die indirekte Besteuerung in schärfster Weise zur Anwendung bringe. Während die Biersteuer in der gesammten Brausteuergemeinschaft, also in Preußen, Sachsen, Thüringen und Hessen, nur zirka 18 Millionen ergebe, sei der Ertrag der Malzsteuer in Bayern allein mit beinahe 84 Millionen in das Budget eingeführt.

Bezeichnend dabei sei, daß die überall zu Tage tretende Erscheinung, daß, jemehr in einem Staate die indirekte Besteuerung ausgebildet werde, die direkte Besteuerung in den Hintergrund trete, sich auch hier wiederhole. So betrage in Bayern der Höchstbetrag der Einkommensteuer nur 1½ Proz. vom Einkommen und die Grundsteuer — die freilich nicht unter die reine Einkommensteuer gesetzt werden könne — werde erhoben auf Grund eines vollständig veralteten Gesetzes vom Jahre 1828. In Preußen und Sachsen würden in den höchsten Stufen 3 Prozent vom Einkommen erhoben, in Bayern nur 1½ Proz., und doch sei bei der vor einigen Wochen erfolgten Annahme des neuen Branntweinsteuergesetzes im bayerischen Landtag immer und immer wieder hervorgehoben worden, daß in Bayern eine Erhöhung der direkten Steuern

unmöglich sei. Die besitzenden Klassen in Bayern, welche im dortigen Landtage in Folge eines erzreaktionären Wahlgesetzes ausschließlich dominiren, hätten es eben verstanden, durch die Besteuerung des Bieres, welches in Bayern Nationalgetränk wie nirgends sonst sei, die Staatslasten auf die Schultern des Arbeiters und kleinen Mannes abzuwälzen, währenddem sie, durch eine lächerlich geringfügige Einkommensteuer und eine vollständig veraltete Grundsteuer sich selbst fast Steuerfreiheit gesichert hätten. Das Lassalle'sche Wort, daß die indirekten Steuern die verhüllte Wiederherstellung der alten Steuerfreiheiten des Adels, übertragen auf die moderne Bourgeoisie, seien, finde hier seine volle Bestätigung.

Dieser Umstand, daß die indirekte Besteuerung das geeignetste Mittel für die herrschende Klasse sei, um die Staatslasten von sich ab und auf die Schultern der Masse des Volkes zu wälzen, sei es auch, der diese Besteuerungsart in der modernen Gesellschaft zu einer Entwicklung gebracht habe, wie sie keine frühere Geschichtsperiode kannte. Für die Träger der Staatsgewalt aber empfehle sich die indirekte Besteuerung besonders um ihrer Eigenschaft willen, daß der Staat sie nicht bei den Konsumenten zu erheben brauche, daß also das Odium, das mit jeder Steuereintreibung verknüpft sei, hier fortfalle.

Die Steuer stecke hier eben in dem Preis der Waaren, und das gewohnte Bedürfniß, bei den Steuern auf nothwendige Lebensmittel aber sogar der Hunger und der Trieb zum Leben, übernehmen die Rolle des Exekutors.

Was aber der herrschenden Klasse und der mit ihr verbündeten Staatsgewalt die indirekten Steuern so vorzüglich erscheinen lasse, das sei es, was, vom demokratischen Standpunkt aus betrachtet, sie gerade verwerflich mache. Das Volk solle wissen, daß und wie viel es Steuern bezahle und ein einfaches Gebot der Gerechtigkeit sei es, daß die im Interesse der Staatsordnung nothwendige Belastung der Bürger sich nach deren Leistungsfähigkeit richte. Die indirekte Besteuerung nimmt nicht da zuerst, wo Ueberfluß ist, sondern sie belaste, sofern sie auf die nothwendigsten Nahrungs- und Genußmittel gelegt sei, wie dies im Reiche thatächlich der Fall, den Armsten in gleichem Maße, ja sogar höher als den Wohlhabenden und Reichen. Salz- und Getreidesteuern sind Kopfsteuern der schlimmsten Art und schlecht und verwerflich unter allen Umständen.

Wenn die Anhänger der indirekten Steuern es als einen Vorzug derselben hervorheben, daß es gegen sie keinen „vereinigten Widerstand der Massen“ gebe, so zeige gerade dieses Lob den reaktionären Charakter dieser Besteuerungsform. Das Volk müsse wissen, was es für Lasten zu tragen habe, das rege die Theilnahme am öffentlichen Leben an und verhindere ein Ueberwuchern der Staatsgewalt auf Kosten der freien Entwicklung. Würden die Militärlasten in den europäischen Staaten auf dem Wege der direkten Besteuerung aufgebracht werden müssen und würde dem Volke dadurch zum Bewußtsein kommen, welche Aufsummen für rein produktive Zwecke dadurch zur Ausgabe gelangten, so hätte die Stunde des Militarismus längst geschlagen und der europäische Friede wäre besser gesichert als durch alle Diplomatenkünste oder die Bestrebungen der Friedensliga.

Gegenüber der von den Verteidigern der indirekten Steuern aufgestellten Behauptung, daß der moderne Staat mit seinen Riesenausgaben für Verteidigungs-, Verwaltungs- und Kulturzwecke mit den Erträgen der direkten Besteuerung nicht auszukommen vermöge, sei allerdings zuzugeben, daß die direkte Besteuerung des Einkommens auch ihre Grenzen habe. Es sei Thorheit, von einer 20prozentigen oder noch höheren Einkommensteuer zu sprechen, denn eine Staatsgewalt, welche mächtig genug sei, der besitzenden Klasse eine dauernde Einkommensteuer in solcher Höhe aufzuzwingen, werde wohl einen Schritt weiter gehen und die Expropriation des Privateigenthums an Arbeitsmitteln u. c. überhaupt aussprechen. So entschieden und unter allen Umständen man sich deshalb auch gegen die indirekte Besteuerung aussprechen müsse, so stehe andererseits doch auch fest, daß in jenen demokratischen Gemeinwesen, welche ihr Budget fast ausschließlich auf die direkte progressive Einkommensteuer basirt haben, was besonders von einigen Schweizer Kantonen gelte, die Steuerfrage durchaus noch nicht ihre endgiltige Lösung gefunden habe. Redner glaubt deshalb, daß es sich empfehlen dürfte, bei einer eventuellen Programm-Revision, die in absehbarer Zeit nun doch in die Hand genommen werden müsse, dieser Frage eine eingehende Würdigung angedeihen zu lassen.

Uebergehend auf den weiteren Punkt der Tagesordnung hebt der Redner hervor, daß den sozialdemokratischen Abgeordneten nie in den Sinn gekommen sei, den Werth des Arbeiterschutzes Entwurfes zu überschätzen. Der Entwurf sei hervorgegangen einerseits aus dem Bestreben, diejenigen Uebelstände, welche sich bei der heutigen Arbeitsweise besonders fühlbar machen, scharf zu bezeichnen und auf deren Abhilfe und Beseitigung zu dringen, andererseits aber wollte man der Bourgeoisie und der mit ihr verbündeten Regierung einmal an einem praktischen Beispiel die Gelegenheit geben, den Massen zu zeigen, wie es um den Ernst ihrer Behauptungen in Wirklichkeit bestellt sei, daß man bereit sei, innerhalb des Rahmens der heutigen Gesellschaftsordnung den Arbeitern möglichst weit entgegenzukommen.

Nach beiden Richtungen ist der beabsichtigte Zweck voll und ganz erreicht worden.

In der gesammten deutschen Arbeiterwelt sind die in dem Entwurfe aufgestellten Forderungen mit Jubel begrüßt worden und soweit dies unter den in Deutschland bestehenden Zuständen möglich war, traten die Arbeiter in die lebhafteste Agitation ein, um das Vorgehen der Abgeordneten im Parlamente zu unterstützen.

Im selben Maße aber, als der Entwurf sich der Zustimmung der Arbeiter erfreute, wurde er von den Organen der Bourgeoisie und besonders der Regierung bekämpft. Weder der Maximalarbeitstag, noch die Beschränkung der Frauen- und die Beseitigung der Kinderarbeit fanden Gnade vor den Augen der herrschenden Gewalten; eine Interessenvertretung der arbeitenden Klasse aber, wie sie alle anderen Berufsarten und Klassen bereits haben, und wie sie der Entwurf auch für die Arbeiter forderte, wurde von dem Vertreter der Regierungen als unter keinen Umständen zulässig erklärt.

Die sozialdemokratische Partei könne mit diesem Ausgange vollständig zufrieden sein, in deren Mitte sei ein anderer Ausgang wohl nur ganz

vereinzelt erwartet worden. Für die herrschende Klasse aber treffe auch in diesem Falle die Wahrheit des Sprichwortes zu: Wen Gott verderben will, den schlägt er mit Blindheit! —

Redner empfiehlt die Annahme nachstehender Resolution:

„Der Parteitag verwirft als grundsätzlicher Gegner des Systems der indirekten Steuern alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche, wie die neuerdings in Deutschlands eingeschlagene Zollgesetzgebung, in der Praxis auf solche hinauslaufen. Er verwirft auch ganz die zu rein finanziellen Zwecken erstrebte Monopolisierung wichtiger Verbrauchsartikel der großen Masse und brandmarkt auf das Entschiedenste das bei der Branntwein- und Zuckersteuergesetzgebung, sowie bei der geplanten Erhöhung der Getreidezölle zu Tage getretene Bestreben, die Klasse der Grundbesitzer auf Kosten der nichtbesitzenden Klassen zu bereichern. In Bezug auf die sogenannte Sozialreform der Reichsregierung und die Nothwendigkeit einer durchgreifenden Arbeiterschutzesetzgebung hält er an den früher von der Partei gefassten Beschlüssen fest und erblickt in der Ablehnung, beziehungsweise Hintertreibung des von den sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag eingebrachten Arbeiterschutzesentwurfs den Beweis, daß es den herrschenden Klassen in Deutschland an dem guten Willen fehlt, wirklich Ernsthaftes zur Hebung der Lage der Arbeiterklasse zu thun.“

Hierauf tritt der Parteitag in die Diskussion über vorstehend berührte Fragen ein.

In derselben wird betont, daß an eine Aenderung des Programms in Bezug auf die Forderung der direkten progressiven Einkommensteuer unter dem heutigen Verhältniß sowohl aus taktischen wie praktischen Gründen nicht zu denken sei. Die Forderung gerade in ihrer heutigen Form habe sich agitatorisch glänzend bewährt.

Es wird ferner mehrseitig Klage geführt, so von Frau Guillaume-Schad, daß in manchen Arbeiterkreisen in Bezug auf die Frauenarbeit noch durchaus reaktionäre Anschauungen herrschten. Den Frauen könne nicht verwehrt werden, sich durch ihre Arbeit ebenfalls ihr Brod und ihre Existenz zu sichern. Worauf es ankomme, sei, in den Frauen ebenfalls das Klassenbewußtsein zu wecken und sie so zu Mittämpferinnen für die Arbeiterforderungen zu machen. Es habe sich gezeigt, daß z. B. in Amerika, wo die Frauen in die Lohnkämpfe eingetreten seien, dieselben energischer sich bewiesen hätten, als selbst die Männer. Es gelte, durchzusetzen, daß den Frauen für dieselbe Leistung die gleichen Löhne wie den Männern gezahlt werden.

Gegen den Programmpunkt, wonach alle die Gesundheit und Sittlichkeit schädigende Frauenarbeit zu verbieten sei, wird von der Rednerin der Einwand erhoben, daß eine solche Unterscheidung sich nicht feststellen lasse. Welche Arbeit schädige die Frauengesundheit, und welche nicht?

Da durch das Hineinziehen der Frage der progressiven Einkommensteuer und der Frauen- und Kinderarbeit die Debatte zeitweilig einen Charakter annimmt, der stark in die Frage nach Aenderung des Parteiprogramms hineinspielt, ersucht der Vorsitzende wiederholt, diese beiden Gegenstände einstweilen zu verlassen, und später, bei dem mittlerweile

bei dem Bureau eingegangenen Antrag auf Aenderung des Parteiprogramms, zu diskutieren, doch hatte diese Mahnung wenig Erfolg.

Im ferneren Verlauf der Debatte konstatirt ein Redner, daß im Kanton Zürich das Gefühl in radikalen wie in liberalen Kreisen mehr und mehr um sich greife, daß man mit der direkten Einkommensteuer nicht mehr auskomme. Für uns sei die Frage indeß nicht brennend, obwohl sie verbiene, gründlich erwogen zu werden.

Ein anderer Redner sagt, wenn von einzelnen Genossen über die Bedeutung des Arbeiterschutzesentwurfes scharf absprechende Urtheile gefällt wurden, so sei das eine Folge des überschwänglichen Lobes, das diesem Entwurfe von anderer Seite zu Theil wurde und der ebenso überschwänglichen Hoffnungen, welche der eventuellen Realisirung des Entwurfes auf denselben beigelegt wurden. Wäre der Arbeiterschutzesentwurf immer so beurtheilt worden, wie ihn heute der Berichterstatter charakterisirte, so wären uns manche Meinungsverschiedenheiten und viele Reibereien erspart geblieben. In Bezug auf die in die Erörterung gezogene Frage, ob es überhaupt möglich sei, die Staatsbedürfnisse nur auf dem Wege der direkten progressiven Einkommensteuer zu decken, sei er anderer Meinung als der Berichterstatter. Er halte dies für durchaus möglich, sei aber allerdings der Meinung, daß diese durch eine sehr stark progressiv anwachsende Erbschaftssteuer ergänzt werden müsse.

Redner legt ausführlicher dar die Umwandlungen, welche nach seiner Meinung die gesammte Staatsorganisation erfahren werde und erfahren müsse, wenn der Staat erst unter einer demokratischen Regierung stehe. Umwandlungen, welche das ganze bisherige Verwaltungssystem und das darauf beruhende Budget von Grund aus umgestalteten. Im Uebrigen sollten wir uns nicht um zukünftige Dinge streiten, er halte nach dem Stande unserer Entwicklung den Uebergang von der Monarchie zur blauen Republik in Deutschland für unmöglich. Dazu fehlten alle Bedingungen. Werde Deutschland einstmals eine Republik, dann sei es eine sozialistische, und diese werde dann mit der Kapitalmacht ganz anders austräumen als man glaube.

Ein anderer Redner bemerkt: Das Verlangen, die Frauenarbeit nicht zu beschränken, sei falsch, gerade die Ausdehnung der Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie sei das größte Unglück. (Oho!) Es sei dahin gekommen, daß die Frau in die Fabrik gehe und der Mann zu Hause kochen müsse. Sei ein solcher Zustand wünschenswerth?

So lange die Säuglinge nicht an den Brüsten der Männer gesäugt werden, gehören die Frauen nicht in die Fabrik.

Der Vorsitzende unterbrach hier für einen Augenblick die Diskussion, um mitzutheilen, daß einer der als Gast anwesenden St. Galler Bürger die Mittheilung gemacht, daß eventuell die Behörde den Wunsch nach Zutritt zu den Verhandlungen aussprechen werde, und fragt an, wie die Versammlung gegebenen Falles einem solchen Wunsche gegenüber sich zu verhalten gedenke. Man kommt ohne Widerspruch überein, den Landes- wie den Gemeindebehörden anstandslos den Zutritt zu den Verhandlungen zu gestatten, jedoch unter der Voraussetzung, daß es nur Schweizer Behörden seien und unter keinen Umständen andere fremde Personen, die dem Parteitag nicht genau bekannt seien oder sich demselben gegenüber nicht genügend zu legitimiren vermöchten. Später ging

dem Bureau die Nachricht zu, daß die Behörden auf den Besuch der Versammlung verzichteten.

Es wird wiederholt der Wunsch ausgesprochen, die Fragen, welche sich auf eine Programmänderung beziehen, aus der Diskussion bis dahin auszuschneiden, wo die Programmänderung auf die Tagesordnung gestellt werde. Dies wird beschlossen.

Genosse *H a s e n c l e v e r* schließt sich der Ansicht an, daß für Deutschland die blaßblaue Republik unmöglich und an sich auch werthlos sei, eine Ansicht, die er früher schon in der Presse in Deutschland vertreten, damals aber seitens angesehenener Genossen Widerspruch gefunden habe.

Sämmtliche Redner, so abweichend sie in ihren Ansichten über die in die Debatte hereingezogenen Programmpunkte sich theilweise äußerten, erklärten sich mit der seitens des Berichterstatters vorgeschlagenen Resolution und den hierüber gemachten Ausführungen vollständig einverstanden.

Das Schlußwort erhält der Berichterstatter.

Redner konstatirt zunächst die Uebereinstimmung sämmtlicher Redner in Bezug auf die Werthschätzung der Steuer- und Wirthschaftspolitik, wie sie im Reiche zur Herrschaft gelangt sei.

Wenn einzelne Redner aus dem Referat eine Geringschätzung des gesetzlich geregelten Arbeitstages haben hören wollen, so beruhe das auf einem Mißverständnis. Redner hebt hervor, daß er gerade durch den Hinweis, daß nur in einzelnen besonders günstig situirten Gewerben sich durch gewerkschaftliche Organisation eine kürzere Arbeitszeit erzielen lasse, die Wichtigkeit und Nothwendigkeit der staatlichen Intervention habe hervorheben wollen.

Ebenso sei es ein Mißverständnis, wenn man seine, des Redners, Ausführungen, ob man in einem demokratisch organisirten Staat mit einer einzigen, direkten und progressiven Einkommensteuer auskommen werde, dahin deutete, daß er überhaupt geneigt sei, diese Forderung aus dem Programm verschwinden zu lassen. Die direkte progressive Einkommensteuer werde stets die Grundlage für ein demokratisch organisirtes Steuerwesen bleiben müssen, nur müsse man sich gegenwärtig halten, daß auch diese Art der Besteuerung ihre Grenzen habe, anderseits sei zu beachten, daß die Bedürfnisse des modernen Staates immer mehr ins Riesenhafte anwachsen und daß, wenn auch in einem wirklich demokratischen Gemeinwesen ein großer Theil der heutigen Ausgaben, so z. B. für das stehende Heer, das übermäßig bezahlte hohe Beamtenthum, für Zivilisten und Apanagen zc. in Wegfall kämen, anderseits die Ausgaben für Schule und Erziehung, Gesundheitspflege, Armen- und Hilfslosen-Unterstützung, Aufbesserung der Gehälter der Subaltern-Beamten zc., sich gewaltig steigern würden.

Die Thatsache, daß selbst die sozialdemokratisch gesonnenen Kreise der Schweiz sich mit dem Gedanken vertraut gemacht haben, die Mittel für eine umfassend durchgeführte Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter auf dem Wege der Einführung von Staatsmonopolen zu beschaffen, zeige, daß die Steuerfrage immerhin eine offene sei und sich deren nähere Erörterung, angesichts der von den verschiedensten Seiten angeregten Programmrevision, wohl empfehle.

Komme man freilich zu der Ueberzeugung, daß in Deutschland die Entwicklung der politischen und sozialen Verhältnisse bereits so weit vorgeschritten sei, daß die Etablierung eines bürgerlich demokratischen Staatswesens — auch nur als Durchgangs-Etappe zur sozialistischen Gesellschaft — unmöglich sei, dann sei eine Diskussion über die Zulänglichkeit der direkten progressiven Einkommensteuer überhaupt überflüssig. Der heutige reaktionäre Staat werde eine solche Steuer nie in vollem, überhaupt möglichem Umfange einführen. Im sozialistischen Staat aber höre der der bürgerlichen Gesellschaft eigenthümliche Zustand, daß der Staat seinen Bedarf erst dann, nachdem das Gesamterträgniß der nationalen Arbeit in zahllose Einzeleinkommen der Millionen Privatwirthschaften zerflossen ist, tropfenweise mittelst der Besteuerung wieder sammelt, überhaupt auf. Im sozialistischen Staat würden die Bedürfnisse desselben genau so wie der Privatbedarf gedeckt durch Anweisung auf die öffentlichen Vorräthe. Unter Voraussetzung der Unmöglichkeit eines demokratischen Staatswesens für Deutschland würde es sich aber dann wohl überhaupt empfehlen, die acht Punkte in unserem Programm, deren Verwirklichung wir innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung fordern, und zu denen auch die direkte, progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde gehört, zu streichen.

Wenn auf eine hohe Erbschaftsteuer hingewiesen worden sei, so halte Redner eine solche auch für durchaus akzeptabel, nur müsse bemerkt werden, daß die Erbschaftsteuern zu den indirekten Steuern gerechnet werden. Dasselbe gelte natürlich auch von Stempel und Gebühren.

Den Streit, ob unsere Abgeordneten sich nur negativ oder auch positiv an der Gesetzgebung betheiligen sollen, hält Redner für ziemlich müßig. Die Einbringung des Arbeiterschutzesgesetzentwurfes sei doch gewiß eine positive Thätigkeit gewesen und doch war das Resultat ein durchaus negatives. Die Regierungen wie die herrschenden Parteien verfolgen eben die von ihrem Standpunkt aus durchaus erklärliche Taktik, Anträge von uns — auch wenn sie noch so berechtigt wären — nicht zur Annahme gelangen zu lassen, um so unsere Thätigkeit als unfruchtbar verschreiben und in den Augen der Massen herabsetzen zu können. Es würde also eine wirklich positive Thätigkeit unsererseits auch nicht möglich sein, selbst wenn die Lust dazu in höherem Maße vorhanden wäre, wie dies thatsächlich der Fall sei. Voraussetzung dabei bleibe freilich immer, daß diese positive Thätigkeit sich in Uebereinstimmung mit unserem Parteiprogramm und dem Klassen-Interesse des arbeitenden Volkes hielte. Der Parlamentarismus könne auch dadurch überschätzt werden, daß man seinen kompromittirenden Einfluß zu sehr fürchte.

Eine Grenzlinie, wie weit man sich an der positiven Gesetzgebung betheiligen dürfe und wann dies aufzuhören habe, lasse sich im Voraus unmöglich ziehen. Dies zu bestimmen, sei Sache unserer Vertreter in jedem einzelnen Falle. Bei solchen Gelegenheiten können Meinungs-differenzen entstehen, wie dies auch gelegentlich der Dampfersubventions-Frage der Fall gewesen sei; aus solchem Anlaß aber von „Gemäßigten“ und „Radikalen“ innerhalb unserer Partei zu reden, wie dies vielfach in der gegnerischen Presse geschehen, sei ein Spielen mit Worten, das keine Beachtung verdiene.

So lange die Vertreter der Arbeiter sich als solche gerirten, würde der vorhandene Klassengegensatz eine genügende Scheidewand zwischen unseren Abgeordneten und denen der Bourgeoisparteien bilden.

Die vorgeschlagene Resolution wird hierauf einstimmig angenommen.
Um 7¹/₂ Abends erfolgt Vertagung der Sitzung.

³/₄ 9 Uhr Abends wird die Sitzung wieder eröffnet.

Tagesordnung: „Stellung der Partei bei den letzten und zu den nächsten Reichstags-, Landtags- und Gemeindevahlen.“

Berichterstatter: Liebknecht.

Liebknecht: Der Parteitag habe bereits beim zweiten Punkt der Tagesordnung den Beschluß gefaßt, auf dem bisherigen Boden zu verharren. Unsere Taktik solle bleiben, wie sie bisher war, sie habe sich bewährt. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß, wenn wir einmal wählen, wir den Wahlen und der parlamentarischen Thätigkeit nicht nur eine agitatorische, sondern auch eine positive Bedeutung beilegen müssen.

Das letztere sei zugleich auch agitatorisch wirksam. Es können sogar manchmal, wenn auch nur unter besonderen Umständen, den Arbeitern nützliche Erfolge erzielt werden, so seien seinerzeit durch einen Antrag Bebel's die Arbeitsbücher beseitigt worden. Der heutige Parlamentarismus werde uns gewiß nicht zu unseren letzten Zielen führen, denn die Machthaber hätten weder den Willen, noch ließe es ihr Klassen-Interesse zu, daß die Arbeiterklasse das allgemeine Wahlrecht frei und ungehindert ausübe. Die Partei müsse sich deshalb vor der Ueberschätzung des Parlamentarismus hüten. Der eigentliche Schwerpunkt unserer Thätigkeit liege nicht in den Parlamenten. Wenn gesagt worden sei, daß in früheren Jahren die paar Abgeordneten so viel ausgerichtet hätten als später die 25, so sei das nicht richtig. Früher habe keine so geschlossene Bilanz der Partei gegenüber gestanden als jetzt. Die Bourgeoisie könne und wolle uns keine Erfolge erzielen lassen und deshalb würden wir das Arbeiterschutzesetz nicht durchbringen, selbst wenn wir hundert Abgeordnete hätten.

Anträge, welche die Gegner früher selbst stellten, würden heute abgelehnt, sobald sie die Sozialdemokratie stelle.

Unsere Gegner wußten, daß mit jeder Konzession, die man uns zugeht, unsere Macht wachse, und das wolle man nicht. Das Wort in unserem Programm von der „einen reaktionären Masse“ bleibt eben wahr.

Drüben bei der Bourgeoisie sei das Klassenbewußtsein weit stärker ausgebildet als heute noch bei den Arbeitern. Das sollten die Arbeiter endlich begreifen und danach handeln.

Die Moral von alledem sei deshalb: daß ein Kompromiß mit den gegnerischen Parteien unter allen Umständen abgelehnt werden müsse.

Was die Landtagswahlen betreffe, so könne unsere Partei nur in wenigen Staaten mit Aussicht auf einigen Erfolg sich betheiligen, dazu gehöre Sachsen, die bayerischen Verhältnisse kenne er nicht, in Preußen sei ohne Kompromiß ein Erfolg ausgeschlossen, deshalb eine Betheiligung an den Landtagswahlen unmöglich.

Redner kommt dann auf die letzten Reichstagswahlen zu sprechen.

Wie bekannt, sei zu den letzteren von der Fraktion ein Manifest erlassen worden, um die Stellung der Partei darzulegen. Gutes Muths sei die Partei in den Kampf eingetreten, aber zu keiner Zeit und bei keiner früheren Wahl sei in so infamer und dabei geschickt zentralisirter Weise die Wahlbeeinflussung betrieben worden.

Zu den Stichwahlen habe das von der Fraktion eingesetzte Zentral-Wahlkomite eine Erklärung erlassen, dahingehend, daß, wo kein Sozialdemokrat in Frage stehe, dem Fortschrittler die Stimme gegeben werde. Es sei nun der Fall eingetreten, daß, während unsere Leute dieser Weisung überall nachkamen, die Fortschrittler sich dadurch revanchirten, daß sie zum größten Theil für unsere Gegner stimmten. Darüber sich zu wundern, habe aber niemand Ursache. Wir haben in den engeren Wahlen die Fortschrittler nicht um ihrer schönen Augen willen gewählt, sondern weil wir eben Gegner des Sozialistengesetzes und des Septennats in den Reichstag bringen wollten. Daß die Fortschrittler so wie geschehen gehandelt hätten, sei natürlich. Sie hätten dabei nur nach ihrer wahren Natur als Bourgeois gehandelt. Sie gehörten eben auch zu der Einen reaktionären Masse.

Was in Zukunft seitens der Partei bei den engeren Wahlen zu geschehen habe, läßt Redner dahin gestellt. Aufmerksam wolle er aber auf die Thatfache machen, daß trotz aller früheren Beschlüsse, sich bei engeren Wahlen, wo unsere Kandidaten außer Frage bleiben, der Stimme zu enthalten, die Massen unserer Wähler doch schließlich immer im entscheidenden Moment ihre Stimmen dem links stehenden Kandidaten gegeben hätten. Was aber auch jetzt wieder ausgesprochen werden müsse, sei, daß unter keinen Umständen bei den Hauptwahlen Kompromisse eingegangen werden dürften. Zu den sächsischen Landtagswahlen sei von unserer Seite das Anerbieten der dortigen Fortschrittler, einen Kompromiß mit ihnen zu schließen, entschieden und einstimmig abgewiesen worden. Möge dieses Verhalten immer beobachtet werden.

Es liegen eine Reihe von Anträgen vor, die mit zur Debatte gestellt werden.

Der erste Redner Singer glaubt, daß die Partei überall da, wo sie Aussichten auf Erfolg habe, selbständig in die Wahl eintreten muß. Von der Anschauung des Referenten in Bezug auf die engeren Wahlen weicht er ab. Nach den Reden der Fortschrittler in Sachen der Militärvorlage konnte man annehmen, daß sie ihre einmal eingenommene Stellung behaupten würden, und deshalb hätte das Zentral-Wahlkomite aufgefordert, ihre Kandidaten in den engeren Wahlen zu wählen. Das Vorgehen der Fortschrittler bei den letzten Wahlen habe indeß gezeigt, daß wir sie für besser hielten als sie seien. Um zu verhindern, daß ein Sozialdemokrat in den Reichstag komme, habe sich der Fortschritt vor der Reaktion platt auf den Bauch geworfen. Das Tischtuch zwischen uns und dieser Partei müsse also ein für alle Male durchschnitten bleiben. Der Redner glaubt, daß unsere Genossen im Lande eher einem rechtsstehenden Manne als je wieder einem Fortschrittler die Stimme geben würden. Darüber dürfe aber unter keinen Umständen ein Zweifel bleiben, daß mit unserer Unterstützung niemals wieder ein Fortschrittler gewählt werde. Fasse der Parteitag einen dahin gehenden Beschluß, so sei sicher-

anzunehmen, daß die Genossen allerwärts denselben freudig begrüßen und ihn auch ausführen würden. Eine ähnliche Erklärung sei von unseren Abgeordneten im Reichstage bereits abgegeben und die Partei werde sich dieser gewiß anschließen.

Wäre es dem fortschrittlichen Zentralwahlkomite ernst mit seinen privaten Zusicherungen gewesen, so hätte es manche reaktionäre Wahl verhindern können, aber die Führer waren eben der hinter ihnen stehenden Massen würdig.

Ein Redner konstatiert, daß bei den Landtagswahlen doch hier und da im Widerspruch mit der Parteitaktik Kompromisse geschlossen worden seien.

Wenn das auch nicht in Sachsen der Fall sei, so sei Ähnliches doch wohl in Bayern geschehen. Wichtig sei, daß die von uns gewählten Leute in den parlamentarischen Körperschaften auch stets auf dem Boden unserer Grundsätze bewegt. Dies gelte insbesondere auch für die Vertreter in den Stadt- und Landgemeinden.

Ein anderer Redner behauptet, daß unter den Genossen noch niemals eine solche Entrüstung geherrscht habe, als anläßlich des Ausfalls der engeren Wahlen bei der letzten Reichstagswahl. Ein größerer Theil der Genossen sei der Meinung gewesen, wir wären von den Fortschrittlern betrogen worden. Der Partei könne es schließlich gleich bleiben, ob ein Abgeordneter mehr oder weniger gewählt sei, aber die Ehre der Partei müsse unter allen Umständen gewahrt bleiben.

Es wird hervorgehoben, daß die Fraktion einen Vorwurf dafür verdiene, daß sie bei der letzten Auflösung von vornherein die Lösung ausgegeben habe, bei den Stichwahlen für die oppositionellen Elemente zu stimmen. Dadurch sei vielfach Wirrwar angerichtet worden. In den Gemeindevertretungen sei für unsere Sache wenig an Erfolgen zu erreichen, dafür Sorge schon die bestehende Gesetzgebung, welche die Gemeindefreiheiten in ärgster Weise beschneide. Dazu komme, daß auch der Rathhausaal die Eigenschaft habe, viele unserer Vertreter „salonfähig“ zu machen. Die Antwort seitens der Arbeiter sei manchemal sehr drastisch. Der beste Beweis dafür sei der letzte Durchfall unserer Leute in Mannheim.

Schluß der Sitzung Abends 10 Uhr.

5. Sitzung.

Mittwoch, 5. Oktober, Vormittags 8 Uhr.

Es wird in den Verhandlungen über Punkt 3 der Tagesordnung weiter fortgefahren.

Im Verlaufe der Debatte wird von den verschiedensten Seiten wiederholt hervorgehoben, daß von all' und jedem Kompromiß unter allen Umständen abzusehen sei. Werde auch, wie dies häufig geschehe, von den Freisinnigen uns vorgeworfen, daß durch ein solches Verfahren unsererseits der Reaktion ein Dienst geleistet werde, so könne uns dieser Vor-

wurf nicht geniren. Gerade die Freisinnigen hätten durch ihr Verhalten bei den letzten Wahlen bewiesen, daß sie die letzten seien, die ein Recht hätten, uns einen solchen Vorwurf zu machen. Dem Einwurf, daß die Wähler einer Ordre „Stimmenthaltung“ nicht folgen werden, wird das Beispiel Lauenburgs entgegengehalten, wo bei der letzten Wahl bei der Stichwahl 804 weiße Zettel abgegeben wurden, während bei der Hauptwahl 1100 Stimmen auf unseren Kandidaten fielen. Für die Doppelkandidaturen wird als Entschuldigung angeführt, daß es eben an geeigneten Leuten, die eine Kandidatur annehmen können, fehle.

Tadelnd wird hervorgehoben, daß einzelne Kandidaten bei den letzten Wahlen nicht mit der nothwendigen Energie und kritischen Schärfe aufgetreten seien. Ein Redner erklärt, die Wahl habe nur die Bedeutung eines Protestes gegen das Sozialistengesetz und die Art, wie dasselbe von hohen und niederen Polizeiorganen gehandhabt werde. — Alles, was man von Arbeiterschutzgesetzgebung, Koalitionsfreiheit u. s. w. spreche, sei so lange bedeutungslos, als das Ausnahmegesetz noch existire.

Es sei in Württemberg vorgekommen, daß ein Mann aufgestellt wurde, der selbst erklärte, kein Sozialdemokrat zu sein. Müsse man da nicht sagen, das sei ein Skandal? — Wenn man der Fraktion den Kopf gewaschen habe, so legten solche Vorgänge nahe, ob dies nicht unter Umständen auch für das „souveräne Volk“ recht nothwendig sein könnte.

Ferner wird von einem Redner daran erinnert, daß die Fortschrittler schon vor Jahren gelegentlich einer Stichwahl in Erfurt die Lösung ausgegeben: „Lieber Lucius als Kapell!“

Ueberraschendes habe deshalb das Verhalten dieser Partei bei der letzten Wahl nicht, umsomehr sei es deshalb zu bedauern, daß durch die bekannte Erklärung des Zentralwahlkomites eine Verwirrung in die Partei hineingetragen wurde.

Kompromisse gingen die Gegner mit uns nur ein, wenn sie sehen, daß sie einen Vortheil von uns hätten. Es müsse auch beachtet werden, daß die Parteien (Zentrum und Freisinn) nicht mehr das sind, was sie beispielsweise noch vor 10 Jahren waren.

Besonders gelte dies vom Zentrum, welches sich bei der Septennatsfrage geradezu schmachvoll benommen habe.

Gegen das Verlangen, nur rein agitatorisch und rücksichtslos bei den Wahlen vorzugehen, da es um so besser sei, je mehr Versammlungen aufgelöst werden, wird hervorgehoben, daß ein solches Verhalten das denkbar verkehrteste wäre, daß wir einschlagen könnten.

Ein Redner macht darauf aufmerksam, daß für das Verhalten der Partei bei Stichwahlen sich schwer allgemein verpflichtende Regeln aufstellen lassen. Hier kommen eben gar sehr lokale Verhältnisse in Betracht.

Es sei auch sehr fraglich, ob unsere Wähler überall, so wie dies für Lauenburg konstatiert sei, der Parole: „Enthaltung!“ in gleicher Weise folgen werden. Es empfehle sich, das bisherige Verhalten auch für die Zukunft gelten zu lassen.

Bebel: Die Auffassung Singer's, daß durch das Verhalten der Fortschrittspartei das Tischtuch zwischen dieser und uns zerschnitten bleibe, theile er nicht, wenn damit gesagt sein soll, daß je ein gemeinsames Tischtuch zwischen den beiden Parteien vorhanden gewesen sei.

Wir wählten die Fortschrittler bei den engeren Wahlen nur, weil wir die Ansicht hatten, daß sie bei den Parteiverhältnissen im Reichstag bei gewissen Abstimmungen uns nutzen könnten. Die Frage sei eine rein taktische gewesen und bleibe es. Nach der Entwicklung, welche die Parteiverhältnisse im Reichstag wie außerhalb des Reichstags genommen hätten, könnte es uns gleichgültig sein, ob ein paar Fortschrittler mehr oder weniger im Reichstag säßen; und das gelte von allen übrigen Wahlen.

Gegen die Reichspolitik erkläre er sich, es wäre die größte Verkehrtheit, wenn wir aus Haß gegen die Fortschrittler einen noch größeren Feind wählen wollten.

Er begreife überhaupt nicht die Entrüstung über das Verhalten der Fortschrittspartei bei den letzten Wahlen. Diese Partei sei eine Bourgeoispartei, und vor die Wahl gestellt, sich zwischen einem Sozialdemokraten und einem Vertreter des bestehenden Gesellschaftssystems zu entscheiden, sei es natürlich und selbstverständlich, daß die Anhänger dieser Partei dem letzteren den Vorzug gäben. Man täusche sich doch nicht über die Situation und unsere eigene Stellung.

Er erkläre ausdrücklich, daß er das Verhalten des Zentralwahlkomites bei den letzten Wahlen billige, aber die mittlerweile veränderte Situation erheische unsererseits eine veränderte Taktik. Die Gegensätze zwischen den zwei Lagern spitzten sich immer mehr zu, welche Wandlungen immer im gegnerischen Lager sich in den nächsten Jahren vollzögen, Vortheile hätten wir nicht zu erwarten, und da gelte es, klare Stellung einzunehmen.

Redner bringt einen dahingehenden Antrag ein.

Gewisse Vorkommnisse bei den bayerischen Landtagswahlen werden von einem Redner als „abschreckendes Beispiel“ dafür angeführt, Kompromisse zu schließen, besonders auch mit der bürgerlichen Demokratie. Das bayerische Wahlrecht mache ein selbstständiges Vorgehen der Arbeiterpartei sehr schwer, das Zusammengehen mit den Demokraten sei deshalb zu erklären, empfehle sich aber für die Zukunft doch nicht mehr, denn wir hätten die Arbeit und die Agitation, und die Volkspartei habe den Erfolg eingekauft.

Je energischer wir uns auf den Standpunkt stellten, jeden Kompromiß abzulehnen, desto eher würden wir dahin kommen, daß nur noch zwei Parteien sich gegenüberstehen:

Sie Kartell, Sie Sozialdemokratie! Je eher dies aber erreicht werde, desto besser.

Ein Redner glaubt nicht, daß diejenigen Anträge, welche jeden Kompromiß unter allen Umständen ausschließen und jede Doppelkandidatur vermeiden wollen, wenn sie angenommen würden, durchführbar seien. Die Verhältnisse seien eben auch in diesem Punkte stärker, als uns vielleicht lieb sei. Die Thatsachen aus der ganzen Zeit unserer Partei-Existenz bewiesen dies. Der Fall in Württemberg sei nicht besonders schlimm, der Kandidat habe Erklärungen abgegeben, welche unsere Genossen befriedigten, und nach Lage der lokalen Verhältnisse glaubte man, so wie geschehen, am besten zu handeln. Es seien schon öfter Fehler vorgekommen, und es sei nicht wohlgethan, immer die Splitter zu kritisieren und die Balken zu übersehen.

Ein sächsischer Redner tadelt heftig das Benehmen Vollmar's bei den letzten bayerischen Landtagswahlen, der, obgleich er ein Mandat für einen der besten sächsischen Landtagswahlkreise besitze, sich dennoch um ein solches in Bayern beworben und nicht einmal seine sächsischen Wähler darum befragt habe. Solchem Gebahren müsse der Parteitag entgegen-treten. Weiter tadelt der Redner das Verhalten einzelner Reichstags-abgeordneten, die, nachdem sie das Mandat in der Tasche hatten, sich kaum noch um ihre Wähler kümmerten und, wie in einem speziellen Falle, es nicht einmal der Mühe werth hielten, auf Briefe zu antworten. Solche Leute dürfe man nicht wieder aufstellen.

Hase n c l e v e r mendet sich gegen die dem Zentralwahlkomitee gemachten Vorwürfe. Dasselbe habe nach seiner Meinung taktisch so handeln müssen, wie es gehandelt habe. Es habe nicht aus Freundschaft für die Fortschrittler so gehandelt. Hier könne er das Wort eines Württember-ger Herzogs für das Komitee anführen, der, als man ihm über ein un-natürliches Bündniß Vorwürfe macht, erklärte:

„Ich that's aus Haß der Städte,
Und nicht um Euren Dank!“

Freilich sei es schade um jeden Schritt, den die Arbeiter bei den letzten Wahlen für die Freisinnigen gethan.

Als Beispiel, wie durch mancherlei Vorkommnisse, welche sich nicht voraussehen lassen, die Wahlenthaltung durchkreuzt werden könne, wird folgender Vorgang aus Lübeck erzählt:

Im Jahre 1884 hätten die dortigen Sozialdemokraten bei der Stich-wahl zwischen Fortschrittlern und Nationalliberalen Wahlenthaltung be-schlossen. Da ließen die Fortschrittler bei dem früheren Sozialdemo-kraten Buchdrucker Oldenburg ein Plakat auf demselben Papier, im selben For-mat und mit denselben Lettern herstellen, wie solche zu der sozialdemo-kratischen Erklärung verwendet waren. Auf diesem Plakat der Fort-schrittspartei wurde mitgetheilt, daß die Sozialdemokraten in letzter Stunde beschlossen hätten, nun doch für den Fortschrittler zu stimmen. Dieses Plakat wurde in letzter Stunde, am Wahltag um 10 Uhr Vor-mittags, angeschlagen. Der Erfolg war natürlich der Sieg des Fort-schritts; als aber der wirkliche Sachverhalt bekannt wurde, habe unter den Lübeder Arbeitern eine große Erbitterung um sich gegriffen und das Endresultat dieses insamen Schwindels ist, daß für Lübeck die Fortschrittspartei todt ist. Der beste Beweis dafür sei die schmachvolle Niederlage dieser Partei bei der letzten Reichstagswahl zu Beginn dieses Jahres.

Ein anderer Redner warnt, sich durch das Verhalten der Fortschrittler nicht zu dem Fehler der Nachepolitik hinreißen zu lassen. Es wäre der größte Fehler, den wir machen könnten, aus Haß gegen die Fortschrittler nun der Reaktion, wenn auch wider Willen, Dienste zu leisten.

(Die Redezeit der noch eingeschriebenen 18 Redner wird auf 5 Minuten festgesetzt. In der folgenden Debatte treten neue Gesichtspunkte indef nicht mehr auf.)

Der Berichterstatter L i e b k n e c h t warnt in seinem Schlußwort be-sonders auch vor den sogenannten gemeinsamen Listen bei Gemeinde- und Landtagswahlen, wo man oft Leute aufstelle, die gar nicht zu uns gehörten. (Vielseitige Zustimmung aus der Versammlung.)

Das sei auch Kompromiß, jeder Kompromiß führe aber dazu, daß die Partei über das Ohr gehauen werde. Im Uebrigen glaubt Redner nicht, daß durch ein Diktiren von oben herab sich etwas erzielen lasse. Es werde in Bezug auf Kompromisse und Doppeltkandidaturen sicher besser werden, aber das sei Sache der Erziehung durch die Thätigkeit im Parteileben selbst. Zählkandidaturen gebe es eigentlich nicht, jeder Wahlkreis sei bei Ausdauer und geschickter Agitation zu erobern.

Eine Reihe von Anträgen, die zu diesem Punkt der Tagesordnung gestellt waren, wurden zu Gunsten des Bebel'schen Antrages zurückgezogen, welcher lautet:

„Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen, überall da, wo Erfolge in Aussicht stehen, in die Wahlagitation einzutreten, sei es für den Reichstag, die Landtage oder die Gemeindevertretungen, doch ist insbesondere in Bezug auf die letzteren forsächtigste Erwägung geboten. Bei den Reichstagswahlen ist es Pflicht der Genossen, in jedem Wahlkreis, wo Stimmen zu erlangen sind, wenigstens Zählkandidaten aufzustellen.“

Der Parteitag spricht ferner die bestimmte Erwartung aus, daß die Parteigenossen in allen diesen Agitationen, gestützt auf die eigenen Kräfte und unter Zurückweisung jedes, wie immer gearteten, Kompromisses selbständig vorgehen. Im Fall von engeren Wahlen empfiehlt der Parteitag, gestützt auf die bisher gemachten Erfahrungen, Stimmenthaltung.“

Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme. Ebenfalls einstimmige Annahme fanden die Anträge Bebel's:

„Der Parteitag verlangt von dem künftigen Zentralwahlkomitee der Partei, daß dasselbe den Vielkandidaturen einzelner Genossen nach Möglichkeit entgegentritt“

und:

„Es dürfen nur solche Kandidaten bei einer Wahl aufgestellt werden, die voll und ganz auf dem Boden unseres Programms stehen und sich als Sozialdemokraten offen bekennen.“

Ferner der Antrag Kadens:

„Der Parteitag möge beschließen, daß es unzulässig und mit dem Prinzip der Sozialdemokratie unvereinbar ist, wenn Abgeordnete der Einzellandtage sich erlauben, in einem anderen Lande zu gleicher Zeit noch ein Mandat zum Landtag zu erwerben, wie es thatsächlich bei den letzten bayerischen Landtagswahlen zu Tage getreten ist.“

Es wird nunmehr Punkt 5 der Tagesordnung: Antrag auf Einberufung eines internationalen Arbeiterkongresses für das nächste Jahr, welcher ein gemeinsames Vorgehen der Arbeiter aller Kulturländer in Bezug auf eine internationale Arbeiterschutzgesetzgebung vereinbaren soll, zur Erörterung gestellt.

Berichterstatter: Bebel.

Der Redner führt in der Hauptsache aus:

Die rapide Entwicklung, welche in den letzten Jahrzehnten die ökonomischen Verhältnisse in allen Kulturländern genommen, hätten für die arbeitenden Klassen Uebel erzeugt, die kein Denkender und Sehender

mehr zu leugnen wage. Die moderne soziale Bewegung sei die Folge dieser Entwicklung. Allorts stünde die Frage auf der Tagesordnung, wie man diesen Nebeln begegnen könne, und der Ruf nach sozialen Reformen erschalle auf allen Seiten. Aber den ersten ernsthaften Versuchen stellte sich überall fast das gleiche Hinderniß entgegen. — Wo immer die Arbeiter ihre Stimme nach Schutz vor übermäßiger Ausbeutung erhöhen, indem sie Forderungen geltend machten, wie sie der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Reichstag eingebrachte Arbeiterschutzgesetzentwurf enthalte (Normalarbeitstag, Verbot der Kinderarbeit, Sonntags- und Nachtarbeit, Organisationen zur Wahrung der Arbeiterinteressen), überall laute die Antwort, daß sei schon in Rücksicht auf die internationalen Konkurrenzverhältnisse und den Zustand der Sozialgesetzgebung in den konkurrierenden Ländern unmöglich. Darauf habe sich namentlich auch Fürst Bismarck anläßlich der vorjährigen Debatte im Reichstag über den Normalarbeitstag und das Verbot der Sonntagsarbeit gestützt. Und wie Fürst Bismarck, so spreche die ganze Unternehmerklasse. So liege der Gedanke einer internationalen Regelung der Arbeiterschutzgesetzgebung sehr nahe, und dieser werde heute überall von Arbeitern wie von verständigen Unternehmern, die einfäßen, daß es auf dem bisherigen Wege nicht lange mehr weiter gehen könne, nachdrücklich ausgesprochen. Die ganze Bewegung zeige einmal wieder, wie die Ideen aus den materiellen Lebensverhältnissen der Menschen erwachsen und in demselben Maße an Bedeutung gewinnen, wie die materiellen Verhältnisse ihrer Entwicklung und Verbreitung Vorschub leisten.

Die Nothwendigkeit einer internationalen Sozialgesetzgebung sei seines Wissens zuerst von einem Schweizer Fabrikanten (V e g r a n d) im Jahre 1847 erhoben worden, von einem Manne, der schon damals in Folge seiner Lebensstellung die Nothwendigkeit einer solchen erkannt habe. Aber die von ihm gegebene Anregung habe bei der Unreife der Verhältnisse damals keinen Erfolg gehabt. — Weiter sei die Idee aufgenommen und propagandirt worden durch die im Jahr 1863 gegründete internationale Arbeiter Assoziation, welche die Frage in die Arbeitermassen geworfen habe, ohne zunächst praktische Erfolge zu erzielen. Aber die Frage sei seitdem nicht mehr von der Tagesordnung verschwunden. Die sozialistischen Abgeordneten im Reichstag hätten sie bei Erörterung sozialer Fragen verschiedene Male im deutschen Reichstag zur Sprache gebracht, sie sei auch in den Massen erörtert worden, scheinbar ohne Erfolg. Allein die großartige Ausdehnung, welche namentlich in den letzten zwölf Jahren Produktion, Handel und Verkehr genommen, die von Wenigen früher für möglich gehaltene Bedeutung, welche das Maschinenwesen und die Großproduktion erlangt hätten und mit jedem Tag mehr erlangten, hätten auch auf die Ideenentwicklung im Sinne einer internationalen Fabrikgesetzgebung nicht ohne bemerkbaren Einfluß bleiben können. Die Frage sei zuerst offiziell praktisch gestellt worden, als die gesetzgebenden Faktoren der Schweiz im Jahr 1877 sich veranlaßt sahen, dem Drängen der Schweizer Arbeiter nachgebend, eine systematisch durchgebildete Fabrikgesetzgebung einzuführen. Die Beschränkungen, welche diese den Fabrikanten in der Ausbeutung ihrer Arbeiter auferlegte, habe nunmehr gerade bei den Fabrikanten am meisten das Verlangen erregt, daß diese Dinge international geregelt würden. Auf

Antrag des Obersten Frei habe Ende 1880 der Schweizer Nationalrath beschlossen, den Bundesrath aufzufordern, entsprechende Schritte bei den Regierungen der hauptsächlich in Frage kommenden Staaten Europas zu thun, um eine internationale Vereinbarung bezüglich der Fabrikgesetzgebung in den verschiedenen Staaten herbeizuführen. Das Resultat sei für den Schweizer Bundesrath wenig ermutigend gewesen. Deutschland und England hätten kurzer Hand abgelehnt, mit Hinweis auf die Verschiedenheit der ökonomischen Zustände in den einzelnen Ländern, Oesterreich und Italien hätten eine nähere Darlegung der Grundsätze, von welchen ausgegangen werden sollte, verlangt, die französische Regierung hätte jede gemeinsame Aktion, mit Hinweis auf die Stimmung der Kammer, die erst kurz zuvor einen Antrag auf Einführung eines Normalarbeitstages mit großer Mehrheit abgelehnt, zurückgewiesen, die belgische Regierung habe, ganz im Geiste dieser Muster Bourgeoisregierung, gar nicht geantwortet. Seitdem hätten seines Wissens keine offiziellen Verhandlungen zwischen den Regierungen mehr stattgefunden. Aber seitdem sei die Frage nur immer brennender geworden. Redner erörtert hier den gewaltigen Umschwung in den Anschauungen, welcher sich in den letzten Jahren, namentlich seit 1880 in allen beteiligten Kreisen der Kulturwelt in Folge des ökonomischen Wettbewerbs der Nationen untereinander vollzogen. Wie man anfangs versucht habe, durch die Schutzollgesetzgebung sich vor der stetig wachsenden internationalen Konkurrenz zu retten, wie das angewandte Heilmittel nur den entgegengesetzten Erfolg gehabt und die industrielle Entwicklung künstlich immer größer gezogen wurde. Ferner welche Einwirkung und welche Bedeutung die amerikanische Industrie auf dem Weltmarkt sich eroberte und wie diese im Verein mit jener Deutschlands insbesondere das Welthandelsmonopol Englands in Frage gestellt und dadurch ganz besonders in diesem industriellsten Lande der Welt einen erheblichen Umschwung der Meinungen bei Unternehmern wie Arbeitern hervorgerufen habe. Er erinnere ferner an die zahlreichen Warnrufe der englischen Presse und an die der englischen Fabrikanten, sich gegenüber dieser immer drohender werdenden internationalen Konkurrenz zu rühren, er erinnere aber auch ganz besonders an die Hinweise von jener Seite, welche Nachteile England aus seiner weit strengeren Fabrikgesetzgebung im Vergleich zu jener der deutschen erwüchsen, an das hohe Maß von Ausbeutung, welches den deutschen Fabrikanten die lange Tages Arbeitszeit und insbesondere die Ausnützung der Sonntags- und Nachtarbeit ermöglichte, welche Umstände England nöthigten, auf dem Weg der Fabrikgesetzgebung einzuhalten. Namentlich würden in Bezug auf Nacht- und Sonntagsarbeit die Klagen immer lauter und mit Recht. Redner geht hier näher auf die Resultate ein, welche in Bezug auf die Anwendung und Ausdehnung der Sonntags- und Nachtarbeit in sehr zahlreichen Industrien und Gewerben in Deutschland die Enquete der Reichregierung über die Sonntagsarbeit, die jetzt gedruckt vorliege, zu Tage gefördert habe. Die Resultate seien zum Theil haarsträubende, obgleich offenbar das Bestreben obgewaltet habe, die Thatsachen nicht zu grell hervortreten zu lassen. Auch lägen in diesen Berichten eine Reihe von Aeußerungen vor, die zeigten, daß auch in deutschen Unternehmerkreisen die Einsicht Platz greife, daß bei dem bisherigen und schrankenlosen Konkurrenzkampf alles zu Grunde

gehen und die Katastrophe nicht ausbleiben könne, internationale Schutzgesetzgebung daher nothwendig sei. Ähnliche Gedanken fanden sich in den Berichten der Fabrikinspektoren.

Insbesondere aber sei diese Erkenntniß auch bei der Elite der englischen Arbeiter, den englischen Gewerbevereinlern, zum Durchbruch gekommen, wie die Beschlüsse des letzten Kongresses der Gewerksvereine zeigten. Die englischen Arbeiter, die bisher sich am meisten der Idee internationaler Vereinigung der Arbeiterklasse zu gemeinsamem Handeln abgeneigt gezeigt hätten, seien durch die Gewalt der Thatfachen eines besseren belehrt worden. — Sie fingen an einzusehen, daß all ihre großen Organisationen, ihre gefüllten Streikkassen und die sonst ihnen zu Gebote stehenden Machtmittel an der Thatfache elend Schiffbruch litten, daß die Konkurrenz des Auslandes die englischen Unternehmer und Arbeiter zwingt, unter bisher ungewohnten Preisbedingungen zu produzieren, wollten sie nicht allmählig zu Grunde gehen. Daß diese Einsicht in England Platz gegriffen, sei von außerordentlicher Wichtigkeit für die ganze Arbeiterbewegung und er glaube daher, daß der gegenwärtige Zeitpunkt der denkbar günstigste sei, um mit der Einberufung eines internationalen Arbeiterkongresses vorzugehen. Täusche er sich nicht, so werde dieser Kongreß besucht werden wie nie einer zuvor und seine Wirkungen könnten auf die Arbeiterbewegung der ganzen Welt nur von den allerbesten Folgen sein. Er wisse zwar, daß die englischen Gewerksvereine auch die Einberufung eines internationalen Arbeiterkongresses plantem, aber dieser solle seines Wissens nur die Mitglieder von Gewerksvereinen zulassen und das sei eine Beschränkung, die aus den verschiedensten Gründen unmöglich sei. Nach seiner Meinung sollten auf einem solchen Kongreß alle Richtungen und Meinungen innerhalb der Arbeiterklasse vertreten sein. Das gegenseitige Sichkennenlernen und Ausprechen werde viele Vorurtheile beseitigen und er stehe nicht an, auszusprechen, daß er dies insbesondere auch für die Entwicklung der sozialistischen Ideen von großem Vortheil halte.

Uebrigens müsse die Arbeiterklasse zeigen, daß sie die Lösung der brennenden Kulturfragen auf ganz anderem Wege suche, als die Bourgeoisie, welche heute die Abschließung der Nationalitäten und die Begünstigung des Nationalhasses betreibe.

Redner geht nun näher auf die Art und Weise ein, wie er sich die Verwirklichung der Idee eines internationalen Arbeiterkongresses denke, damit derselbe auch von praktischen Folgen begleitet sei. Insbesondere befürwortet er die Sammlung der gesetzlichen Schutzbestimmungen für die Arbeiter in allen Kulturländern vermitteltst Fragebogen, die dann passend zusammengestellt, in den verschiedenen Hauptsprachen gedruckt, den Theilnehmern des Kongresses rechtzeitig als Grund- und Unterlage für die Beratungen desselben zugestellt werden müßten. —

Die Resolution, welche der Redner hierauf dem Parteitag zur Annahme empfiehlt, folgt weiter unten.

Schluß der Sitzung 1 Uhr Mittags.

6. Sitzung.

Mittwoch, 5. Oktober, Nachmittags 3 Uhr.

Eröffnung der Debatte über das Bebel'sche Referat.

Es wird der Antrag gestellt und angenommen, von Eröffnung einer Debatte über den Gegenstand abzusehen und sich mit den Ausführungen des Referenten, sowie der von ihm vorgeschlagenen Resolution einverstanden zu erklären. Die hierauf einstimmig angenommene Resolution lautet:

„Die Parteivertretung aufzufordern, im Verein mit den Arbeiterverbindungen anderer Länder für den Herbst 1888 einen internationalen Arbeiterkongreß einzuberufen, zu dem Zweck, gemeinsame Schritte der Arbeiter aller Länder zur Verwirklichung einer internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung herbeizuführen.“

Aus der Versammlung wird darauf aufmerksam gemacht, daß ein deutscher Genosse aus Paris anwesend sei, der sich zum Wort gemeldet habe, und der Wunsch ausgesprochen, demselben das Wort zu dem Gegenstand noch nachträglich zu gewähren. Die Versammlung stimmt dem zu.

Der Pariser Genosse Westhus macht darauf aufmerksam, daß die französischen Sozialisten beabsichtigen, einen internationalen Arbeiterkongreß während der internationalen Weltausstellung im Jahre 1889 nach Paris einzuberufen. Der Redner glaubt nun, daß es unter den französischen Arbeitern einen ungünstigen Eindruck machen würde, wenn nun deutscherseits durch Einberufung eines Kongresses nach der Schweiz dem französischen Unternehmen gewissermaßen Konkurrenz gemacht würde.

Es würde dies nur noch mehr zur Verbitterung beitragen, welche in Frankreich, und zwar auch in den Arbeiterkreisen, gegen Deutschland in Folge der bekannten Vorgänge der letzten Zeit herrsche. Redner glaubt auch, daß es überhaupt gut wäre, wenn von der deutschen Sozialdemokratie durch eine offizielle Kundgebung dargethan würde, daß sie mit den von den Organen der deutschen Regierung gegen Frankreich geübten Provokationen nicht einverstanden sei.

Der Berichterstatter erklärt sich dagegen, daß man mit der Einberufung des Kongresses bis zum Jahre 1889 warte. Es handle sich hier um eine Angelegenheit, welche keinen Aufschub erleide. Es sei auch sehr zweifelhaft, ob der Kongreß, wie er für 1889 mitten in dem Geräusch und dem Festjubiläum der Ausstellung geplant sei, geeignet wäre, seine Aufgabe voll zu erfüllen. Auch sei ihm, dem Berichterstatter, nicht bekannt, daß dem Kongreß eine bestimmte Tagesordnung vorgelegt werden solle. Er sei selbstverständlich damit einverstanden, daß man sich mit den französischen Sozialisten wegen des Kongresses ins Benehmen setze und verständige, dies sei sogar nothwendig.

Was aber das Verlangen betrifft, die deutsche Sozialdemokratie solle aus Anlaß der letzten Vorgänge an der französischen Grenze eine Kundgebung machen gegen die Hezereien deutscherseits, so müsse konstatiert werden, daß die deutsche Sozialdemokratie noch keine Gelegenheit versäumt habe, für die internationale Solidarität aller Völker und gegen

jede kriegerische Heterie einzutreten. Das werde auch in Zukunft sicher geschehen, es sei aber nicht am Platze, bei jeder Lappalie mit Entrüstungs-Resolutionen auf der Bühne zu erscheinen. Würden die in Frankreich lebenden Sozialisten deutscher wie französischer Zunge den Handlungen der deutschen Sozialdemokratie genauer folgen, so würden sie wissen, daß dieselbe bei jeder Gelegenheit und überall da, wo es am Platze sei, mit voller Kraft und Energie gegen das Bestreben, die Völker zum Vortheil ihrer Herrscher und Ausbeuter zu verhexen, entgegenrete. In dieser Beziehung stehe die deutsche Sozialdemokratie hinter keiner Arbeiterpartei in irgend einem Lande der Welt, auch nicht hinter den französischen Sozialisten, zurück.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen.

Man geht über zum sechsten Punkt der Tagesordnung: Das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Anarchisten.
Berichterstatter: Liebnicht.

Referent begann mit der Erklärung, daß er das Thema durchaus objektiv behandeln und das persönliche Moment sorgsam bei Seite lassen werde — theils um die Frage nicht zu verwirren, theils weil es unanständig ist, Personen anzugreifen, die, was man immer von ihren politischen Anschauungen auch denken mag, geächtet und verfolgt sind. Dann in die Sache eingehend, führte Referent aus, wie der Anarchismus als bestimmte Anschauung schon in den vierziger Jahren unter diesem Namen aufgetreten sei, sich dem Gedanken nach aber noch in frühere Zeiten verfolgen lasse.

In Deutschland wurde die Anarchie zuerst von den extremen, an Hegel'sche Philosophie sich anlehnenen Vertretern der Freihandelslehre als äußerste Konsequenz des Individualismus bezeichnet. Das absolut freie Individuum, welches sich im freien Spiel der Kräfte bethätigt, kann keine Herrschaft in irgend welcher Form dulden, es findet seine Ideal in der Vernichtung des Staats. Diese, von Faucher u. A. verfochtene Lehre spricht nur das letzte Wort der Bourgeoisie aus, die den Staat haßt, weil er sie in der Ausbeutung der Arbeiter hindert, und die ihrem innersten Wesen nach staatsfeindlich ist — ein Standpunkt, den sie erst aufgegeben hat, seit das sozialistische Proletariat ihre Existenz bedroht. Heutzutage hat sie den Staat in ihrem Interesse zum vollendetsten Klassenstaat gemacht und ihm seine Zuspitzung in der Form der Diktatur gegeben. Auf ökonomischem Gebiet hat die moderne Bourgeoisie das Ideal der Anarchie in der That verwirklicht.

Ungefähr um dieselbe Zeit entfaltete Proudhon in Frankreich das Banner der Anarchie, nur daß der Kern seiner Lehre, der Kleinbürgerlichen Entwicklung Frankreichs entsprechend, ein durchaus kleinbürgerlicher war. Statt manchesterlicher Großbourgeoisie demokratisches sozialistisches angehauchtes Kleinbürgertum.

Mit polterndem Revolutionspathos wurde etwas später von dem Russen Bakunin, der schon aus Opposition gegen Marx bei Proudhon in die Schule ging, der Anarchismus befürwortet. Absolute Freiheit des Individuums, Vernichtung jeder Herrschaft, Vernichtung aller herrschenden Einrichtungen, die dem Individuum Schranken auf-

erlegen: Vernichtung des Staats, Vernichtung der Familie, allgemeines Chaos der fessellos dahinstürmenden Gesellschafts-Atome, kurz das Bourgeoisideal in revolutionärer Löwenhaut.

Auf dem Haager Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation fand im Sommer 1873 die Auseinandersetzung zwischen dem bakunistischen Anarchismus und dem wissenschaftlich revolutionären Sozialismus statt. Wer sich darüber informiren will, lese die Schriften: „Ein Komplott gegen die „Internationale Arbeiterassoziation“ und die „Bakunisten an der Arbeit“ von Fr. Engels.

Wie reaktionär die anarchistische Lehre in der Praxis ist, hat der von Engels in diesem Schriftchen behandelte spanische Aufstand von 1873 gezeigt, der am Anarchismus zu Grunde ging. Zur Aktion gehört Zusammenfassung der Kräfte — und der Anarchismus zersplittert die Kräfte.

Die theoretische Auffassung: der Staat werde aufhören, sobald die sozialistische Gesellschaft verwirklicht sei, hat mit dem Anarchismus, der seinem Wesen nach antisozialistisch ist, nichts gemein. Ob die sozialistisch organisierte Gesellschaft Staat genannt wird oder nicht, dies sei eine bloße Wortfrage. Auch in den, auf bürgerlichen Grundlagen beruhenden Vereinigten Staaten von Amerika besteht der Staat eigentlich nur aus einer Verwaltung und hat dem Bürger gegenüber durchaus keine Machtmittel.

Der neuere Anarchismus, mit dem wir es hier hauptsächlich zu thun haben, ist niemals definiert worden.

Fürst Krapotkin und die Chicagoer Anarchisten stellten sich in ihren Vertheidigungsreden auf den sozialistischen Standpunkt und erklärten emphatisch, daß Revolutionen nicht „gemacht“ werden könnten. Die Chicagoer Anarchisten haben sich auch seit einem Jahr in das sozialistische Lager zurückbegeben; sie suchen eine politische Arbeiterpartei — ähnlich wie die deutsche — zu organisiren, und betheiligen sich an den Wahlen ganz wie wir.

Die Elemente, welche uns noch als „Anarchisten“ entgegentreten, sind in drei Kategorien zu theilen:

1) Die Spitzel und Agents provocateurs, die den Verhältnissen entsprechend sehr zahlreich sind, aber hier nicht in den Kreis der Betrachtung kommen.

2) Die Verbrecher. Menschen, die Raubmord und Brandstiftung begehen, sind gemeine Verbrecher, auch wenn sie ihren Verbrechen ein anarchistisches Mäntelchen umhängen. Daß gemeine Verbrecher sich als Träger einer höheren Idee aufspielen, ist nichts Neues, und daß in politischen erregten Zeiten herrschende Ideen auch auf Verbrecher einen Strahl werfen können, liegt in der Natur der Dinge. Der Mord, welcher die Beraubung eines Mitmenschen zum Zweck hat — eine Brandstiftung, durch die eine Feuerversicherungs-Gesellschaft betrogen werden soll — der Diebstahl und ähnliche Handlungen bleiben gemeine Verbrechen, und wenn noch so emphatisch behauptet wird, sie seien im Dienste des „Anarchismus“ verübt. Allerdings erblicken wir Sozialisten auch in dem gemeinen Verbrecher ein Opfer der Gesellschaft, und machen wir diese für ihn verantwortlich. Das revolutionäre Volk hat dies stets begriffen und in den Tagen des Kampfs den Spitzbuben und Mörder

das Handwerk energisch zu legen gewußt. Also auch diese Elemente kommen hier nicht in Betracht. Es bleiben

3) die Männer der sogenannten „Propaganda der That“, d. h. die Anhänger der Lehre, daß durch individuelle, vereinzelte Aktion, durch individuelle Anwendung der Gewalt: durch Attentate und Putzche eine Revolution gemacht, und die Befreiung der Menschheit bewerkstelligt werden könne. Die Befenner der „Propaganda der That“ zerfallen in zwei Abtheilungen. Die Schwadronneure und Maulrevolutionäre — Prahlhänse, die ihre Feigheit und Schwäche hinter Kraftphrasen verdecken. Diese Menschenorte, welche im Jahr 1848 auf allen Bierbänken „Fürstentresserei“ trieb, verspeist jetzt zur Abwechslung Bourgeois und redet Dynamit. Sie ist sehr laut und an sich ganz harmlos, obgleich nicht verkannt werden darf, daß sie den Feinden der Arbeitersache die Herausbeschwörung des „Rothten Gespenstes“ erleichtert.

Ernsthaft in Betracht kommen für uns nur jene Leidenschaftlichen Naturen, in denen das Gefühl erlittenen Unrechts alle andern Gefühle beherrscht und alle Rücksichten zurückdrängt — fanatische, kräftige, lühne Naturen, denen der revolutionäre Entwicklungsprozeß zu lange dauert, und die in ihrer Ungebuld den Sieg des Proletariats beschleunigen wollen. Im Bewußtsein ihrer persönlichen Kraft glauben sie durch ihr persönliches Handeln, durch Anwendung von Gewalt die ersehnte Revolution herbeiführen zu können. Diese Anschauung ist psychologisch leicht zu erklären, allein sie ist nicht richtig, beruht auf einer falschen Auffassung des Begriffes Gewalt und der geschichtlichen Bewegungsgesetze. Wohl war die Gewalt bisher die Geburtshelferin neuer Gesellschaften; aber nur weil die alten Gesellschaften sich mit Gewalt dem sein Recht fordernden Neuen widersetzten. Die Gewalt macht keine Revolution, und ist überhaupt nicht revolutionär. Im Gegentheil: die Feinde der Revolution haben sich stets auf die Gewalt gestützt. „Gewalt geht vor Recht“ ist kein revolutionärer Satz, und „Blut und Eisen“ ist kein revolutionäres System. Der Bastille Sturm war nicht die französische Revolution; er war bloß nöthig zu ihrer Vertheidigung. Die Gewalt ist weit häufiger ein reaktionärer als revolutionärer Faktor gewesen, wie ein Blick in die Geschichte zeigt. Die neuen Ideen haben stets die Gewalt gegen sich. Wäre die Gewalt allmächtig, so hätte es nie eine Revolution gegeben. Unsere heutigen reaktionären Gewalthaber, welche gleich den Anarchisten an die Allmacht der Gewalt glauben, sind glücklicherweise im Irrthum befangen. Jede Gewalttherrschaft bricht zusammen, sobald ihre ökonomischen Machtbedingungen zerschmelzen. Und diese Machtbedingungen sind nicht in der Willkür einzelner Personen. Es ist Wunderglaube, zu meinen, ein Mensch könne mit „Blut und Eisen“ oder durch eine Dynamitbombe nach Belieben die Staats- und Gesellschaftsform ändern. Macht ist nicht Gewalt. Der Macht der ökonomischen Entwicklung gegenüber ist die Gewalt Ohnmacht.

Verzweiflungsthaten Einzelner sind keine revolutionäre Taktik. Wer ohne Macht an die Gewalt

appellirt, nützt nur den Gewalthabern. Mußten die Chicagoer Anarchisten nicht zugestehen, daß „die historische Bombe“ des Mai 1886 die Interessen des arbeitenden Volkes geschädigt habe? Beschuldigten sie nicht die Feinde des Volkes, jene Bombe geworfen zu haben? Und ist es nicht Thatsache, daß diejenigen, welche am Tollsten den Kultus der Gewalt predigten, sich schließlich als Agenten der Gewalthaber entpuppten?

Ob die Gewalt nothwendig ist für die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft, ist eine müßige Frage, weil es nicht in unserer Hand liegt, sie zu entscheiden. Die Entscheidung liegt bei den Gewalthabern. Mit der Lohnsklaverei wird es gehen, wie mit der Regersklaverei in den Vereinigten Staaten. Lange war nur eine Minderheit, welche die Gemeenschädlichkeit der Sklaverei begriff. Allmählich trat diese Gemeenschädlichkeit so grell und greifbar zu Tage, daß die Massen des Volkes sie begriffen. Und dann bedurfte es nur eines Anstoßes, um den Stein ins Rollen zu bringen. Die That des alten John Brown, der freiwillig den Opfertod wählte, entfachte den Volkszorn. Es war an der Zeit. Das war auch „Propaganda der That“, aber die Saat war reif. Die Gewalthaber wurden Rebellen; sie lehnten sich auf gegen den Spruch des Volkes, und die souveräne Macht des Volkes schlug die Gewalthaber mit deren eigenen Waffen, d. h. mit Gewalt.

Ähnlich mit der Lohnsklaverei. Jetzt ist's erst eine Minderheit, welche ihre Gemeenschädlichkeit begriffen hat. Diese Minderheit wächst beständig, weil die Gemeenschädlichkeit der Lohnsklaverei und des ganzen auf ihr beruhenden Gesellschafts- und Staatssystems immer greller und greifbarer zu Tage tritt, in immer weiteren Kreisen sich fühlbar macht. Und mit der Unerbittlichkeit des antiken Schicksals naht der Tag, wo die Massen des Volkes die Gemeenschädlichkeit der Lohnsklaverei ebenso begriffen haben, wie weiland das amerikanische Volk die Gemeenschädlichkeit der Regersklaverei. Und dann haben die Gewalthaber zu entscheiden, ob sie dem Gebot der Vernunft und Gerechtigkeit folgen oder an die Gewalt appelliren wollen.

Inzwischen werden wir die Hände nicht in den Schooß legen. Aber nicht durch Putsche und Attentate können wir den Sieg unserer Sache beschleunigen, sondern nur durch Mittel, die unsere Macht vermehren. Im Volke liegt die Macht. Die Volksmassen müssen wir moralisch erobern. Mit Wenigen läßt sich ein Putsch machen — zu einer Revolution bedarf es der ins Volk gedrunghenen Ueberzeugung, daß das Lebensinteresse der Massen den Bruch mit der Vergangenheit erheischt. Es gilt Klarheit zu bringen in die Köpfe. Der Rest wird sich schon finden. Also Propaganda. Erweckung der Volksseele. Darlegung der Verwerflichkeit des heutigen Systems. Und wir selbst müssen lernen, wenn wir erfolgreich lehren wollen. Drum ist unsere Losung: Agitiren, organisiren, studiren.

Redner empfiehlt nachstehende Resolution zur Annahme:

„Der Parteitag erklärt die anarchistische Gesellschaftstheorie, soweit dieselbe die absolute Autonomie des Individuums erstrebt, für antisozialistisch, für nichts anderes als eine einseitige Ausgestaltung der Grundgedanken des bürgerlichen Liberalismus, wenn

sie auch in ihrer Kritik der heutigen Gesellschaftsordnung von sozialistischen Gesichtspunkten ausgeht. Sie ist vor allem mit der sozialistischen Forderung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der gesellschaftlichen Regelung der Produktion unvereinbar und läuft, wenn nicht die Produktion auf den Zwergmaßstab des kleinen Handwerks zurückgeführt werden soll, auf einen unlöslichen Widerspruch hinaus. Der anarchistische Kultus und die ausschließliche Zulassung der Gewaltpolitik beruht auf einem groben Mißverständnis der Rolle der Gewalt in der Geschichte der Völker.

Die Gewalt ist ebenso gut ein reaktionärer als ein revolutionärer Faktor; erstereß sogar häufiger gewesen als das letztere. Die Taktik der individuellen Anwendung der Gewalt führt nicht zum Ziele und ist, insofern sie das Rechtsgefühl der Masse verletzt, positiv schädlich und darum verwerflich.

Für die individuellen Gewaltakte bis aufs äußerste Verfolger und Geächteter machen wir die Verfolger und Richter verantwortlich und begreifen die Neigung zu solchen als eine Erscheinung, die sich zu allen Zeiten unter ähnlichen Verhältnissen gezeigt hat, und welche gegenwärtig durch bezahlte Agents-provocateurs für die Zwecke der Reaktion gegen die arbeitende Klasse ausgenützt wird.“

Der erste Redner spricht seine volle Anerkennung und Zustimmung zu dem gehörten Referat aus und gibt dem Wunsch Ausdruck, die ausgesprochenen Gedanken in einer Broschüre niedergelegt zu sehen, um so ein Mittel zu haben, auch in weitere Kreise Ausklärung über das wirkliche Wesen des Anarchismus zu bringen. Mehrere Redner schließen sich diesem Wunsche an. Mehrseitig wird konstatiert, daß in Deutschland von der Existenz einer anarchistischen Partei nicht die Rede sein könne, zum großen Leidwesen der Polizei und wohl auch der erdrückenden Mehrzahl der Bourgeoisie.

Ein anderer Redner will in Bezug auf die Gewaltstheorie noch hervorheben, daß gerade die Lust am Zerflören am stärksten bei den feigsten Naturen angetroffen werde.

Es müsse aber auch hervorgehoben werden, daß die im Reiche lebenden Genossen und die dort erscheinenden Arbeiterblätter sich doch davor hüten müßten, die Anarchisten mit denselben Waffen zu bekämpfen, wie man sie in den Bourgeoisieblättern treffe.

Es wird gegen die vorgeschlagene Resolution geltend gemacht, daß dieselbe in ihrem Schlusssatz die Anarchisten beschimpfe und daß sei ein Fehler. Aber auch der prinzipielle Standpunkt der Resolution sei falsch, es sei einfach unwahr, daß der Anarchismus nur der Ausfluß der bürgerlichen Weltanschauung sei. Auch die Kritik der Propaganda der That sei nicht richtig. Der Redner glaubt, daß eine stark verbreitete anarchistische Bewegung in Deutschland, besonders in den Hauptstädten, vorhanden sei. (Lebhafter Widerspruch von den verschiedensten Seiten.) Beweis dafür sei, daß in den anarchistischen Blättern die Korrespondenzen aus den deutschen Städten sich in letzterer Zeit sehr mehrten (Zuruf: von Spitzeln) — das mag sein, aber es gibt viele Arbeiter, die diese Korrespondenz mit Vergnügen lesen.

Daß dies möglich sei, komme wohl daher, daß man hier und da bemüht sei, die Haltung unserer Partei zu sehr zu verwässern. Die Wahl

Imperei sei zu weit getrieben. Besonders die Stadtverordnetenwahlen nähmen uns viele Kräfte weg, die besser verwendet werden könnten. Redner warnt noch einmal vor Annahme der Resolution, welche theoretisch falsch und praktisch gefährlich sei. —

Der folgende Redner will in den Anarchisten nur die extremere Richtung unserer Bestrebungen erblicken.

Gegen diese Auffassung wird geltend gemacht, daß man keine Konzeption den Anarchisten machen könne. Es sei nothwendig, daß der prinzipielle Gegensatz zwischen Anarchisten und Sozialisten möglichst scharf hervorgehoben werde. Die theoretische Grundlage des Anarchismus sei in der Resolution vollständig korrekt gekennzeichnet. Der Anarchismus sei richtig aufgefaßt, der Gegensatz zu demselben müsse unsererseits mit aller Schärfe betont werden.

Es sei nicht wahr, daß von den Anarchisten der proletarische Charakter der Bewegung stärker betont werde, das sei einfach Erfindung. Sich auf den Boden eines der Vorredner zu stellen, würde uns dahin führen, die deutsche Arbeiterbewegung zu ruiniren, wie dasselbe Bestreben die österreichische Bewegung so tödtlich geschädigt habe.

Ein anderer Redner hebt hervor: Wenn gesagt worden sei, daß in vielen Städten die Zahl der Anhänger der „Freiheit“ wachse, so bestreite er dies entschieden. Das Gegentheil sei der Fall. Eine Menge Leute, die man als Anarchisten bezeichne, wüßten gar nicht, was Anarchismus sei.

Man müsse deshalb die Arbeiter aufklären, um sie vor Dämonen zu bewahren, die sie nur ins Unglück stürzten.

Wenn gesagt wurde, die Anarchisten seien viel zahlreicher als man glaube, so beruhe das auf dem Fehler, in jedem unzufriedenen oder etwas rabiaten Genossen einen Anarchisten zu erblicken und ihn als solchen anzuklagen. Das sei geradezu Unfug. Ihm selbst, dem Redner, sei es passiert, von einem Reichstagskollegen als Anarchist bezeichnet zu werden. Was folge daraus?

Das sei dasselbe, als wenn der Bourgeois in jedem Arbeiter, der einmal höheren Lohn oder bessere Behandlung verlangt, einen Sozialdemokraten erblickte, und der Arbeiter, wenn er in seinem Rechtsgefühl und in seinem Menschenrecht sich gekränkt sähe und dagegen sich aufbäume, sich nun sage: Nun, wenn das, was ich will, Sozialdemokratie ist, dann will ich auch Sozialdemokrat sein.

Hüten wir uns, durch den gleichen Fehler eine große Zahl unserer besten Leute in das anarchistische Lager zu drängen. Hüten wir uns vor allem vor der lächerlichen Spießbürgerangst vor den Anarchisten!

Den zweiten Theil der Resolution halte er für durchaus korrekt und es sei einfach ein Mißverständnis, wenn ein Redner behaupte, derselbe beschimpfe die Anarchisten. Dagegen habe er allerdings einige formale Bedenken gegen den ersten Theil der Resolution, Bedenken, die mit einer kleinen Aenderung beseitigt werden könnten. Insofern die Anarchisten als Endziel der Entwicklung die Aufhebung des Staates erstrebten, gebe es auch Sozialisten, die diese Ansicht theilten, aber in den Mitteln und in der Taktik zu diesem Ziele gingen die Wege sehr weit auseinander.

Sollte es wahr sein, wird von anderer Seite angeführt, daß die Anarchisten nur die repressive Gewalt des Staates beseitigen wollen,

ja warum streiten sie denn dann mit uns? Dann mögen sie uns doch vorerst helfen, den Staat erobern, dann ist es immer noch Zeit, sich über die Nothwendigkeit der Abschaffung desselben in's Benehmen zu setzen. Nicht weil wir Güter der bürgerlichen Gesellschaft, sondern Güter der Klasseninteressen des Proletariats sind und sein wollen, müssen wir den Anarchismus belämpfen.

Der Genosse aus Paris konstatiert, daß besonders unter den ausländischen Genossen es sehr schwer sei, zu unterscheiden, wo der Anarchist aufhöre und der Sozialist beginne.

Die prinzipiellen Unterschiede sind den meisten Arbeitern nicht klar, und da es unter den Anarchisten doch auch viele brave Arbeiter gebe, die im guten Glauben an ihre Sache die schwersten Opfer bringen, so würde es sich doch recht sehr empfehlen, die Resolution möglichst so zu fassen, daß sie Mißverständnisse ausschließe. Durch Aufklärung soll man wirken, nicht die Leute vor den Kopf stoßen.

Es wird dagegen hervorgehoben, daß es doch eine ungeheuerliche Behauptung sei, die Grenzlinie zwischen Anarchisten und Sozialisten sei schwer zu finden. Diese Grenze sei sehr klar, richtig dagegen sei, daß mancher sich einbilde, Anarchist zu sein, während er kaum eine Ahnung davon habe, was Anarchismus sei.

Die Debatte wird geschlossen, worauf der Berichterstatter noch einmal das Wort ergreift:

Die bisherige Debatte, obgleich jedenfalls nützlich, wäre vermieden worden, wenn Zeit gewesen wäre, die Resolution vorher genau zu revidieren. Der prinzipielle Gegensatz zwischen Sozialismus und Anarchismus wurde im Referat genügend hervorgehoben: der Sozialismus faßt die Kräfte zusammen, der Anarchismus trennt und zersplittert sie und ist daher politisch und ökonomisch impotent — er verträgt sich so wenig mit revolutionärer Aktion wie mit der modernen Großproduktion. Jemand, der in seiner Ungeduld über uns schimpft, weil er ein rascheres Tempo der Bewegung wünscht, ist darum kein „Anarchist“. Und andere Anarchisten kenne ich in Deutschland nicht. Wir würden überhaupt in Deutschland nie von Anarchismus gehört haben, wenn das Sozialistengesetz nicht wäre. Die Gewaltthäter brauchen einen Wauwau und die Aufklärung der Masse ist erschwert. So gibt's in manchen Köpfen Konfusion, die durch ein offenes, freies Wort beseitigt wäre. Solche Hitz- oder Wirtköpfe sind aber noch keine Anarchisten. — Von „Nihilismus“ der sogenannten Anarchisten zu reden, ist ein Mißbrauch des Wortes. Der Anarchismus ist und bleibt un- und anti-revolutionär, auch wenn er sich noch so furchtbar geberdet. Und überall da, wo es eine nennenswerthe anarchistische Bewegung gab, ist sie am gesunden Sinn der Arbeiter gescheitert. Und wo der Anarchismus durch das infame Treiben der Regierungen und der herrschenden Klasse noch künstlich am Leben gehalten wird, wie in Oesterreich, muß er mit dem aufdämmernden politischen Verständniß der Arbeiter verschwinden. Die Resolution ist durchaus korrekt, und ich bitte um einstimmige Annahme.

Die Resolution wurde hierauf einstimmig gegen zwei Stimmenthalungen angenommen.

Hierauf wird die Sitzung Abends 7 Uhr geschlossen, und kommt man überein, die Verhandlungen erst nächsten Vormittag 8 Uhr über den 7. Punkt der Tagesordnung: Anträge aus der Mitte der Versammlung, wieder aufzunehmen, dagegen den Abend zu einem geselligen Beisammensein zu verwenden.

Schlussitzung.

Donnerstag, 6. Oktober, Morgens 8 Uhr.

Die Versammlung tritt in die Verhandlung der aus ihrer Mitte gestellten Initiativ-Anträge ein.

Dieselben werden in der Reihenfolge ihrer Anmeldung, nachdem sie geschäftsordnungsmäßige Unterstützung gefunden, verhandelt.

Zunächst kommt ein Antrag betr. das Verhalten der Parteigenossen gegenüber der in Deutschland erscheinenden Arbeiterpresse und Literatur zur Verhandlung.

In eingehender Diskussion wurde einerseits hervorgehoben, daß die Arbeiterblätter vollständig unabhängig von der Partei dastehen und daß diese deshalb weder ein Recht noch die Möglichkeit habe, auf die Haltung der bezeichneten Blätter einen bestimmenden Einfluß auszuüben, andererseits wurde aber auch betont, daß diese Presse den Namen Arbeiterblätter und die Unterstützung durch die Arbeiter nur verdiene, wenn ihre Haltung den Interessen der Arbeiter entspreche.

Selbstverständlich könne in dieser Beziehung nur das verlangt werden, was in Rücksicht auf das Ausnahmegesetz von der Arbeiterpresse geleistet werden kann. Der mehrfach konstatierte Unfug in Bezug auf kritiklose Aufnahme von Annoncen und Anpreisung von zweifelhaften literarischen Erzeugnissen, von Geheimmitteln und dergleichen fand entschiedensten Tadel und wurde allseitig ausgesprochen, daß diesem Treiben ein Ende gemacht werden müsse.

Die von B e b e l zu diesem Gegenstand der Tagesordnung vorgelegte Resolution fand einstimmig Annahme. Dieselbe lautet:

„Der Parteitag stellt an die Fraktion das Ansuchen, ihren moralischen Einfluß bei den Herausgebern und Eigenthümern von Arbeiterblättern und sonstiger auf die Arbeiterkreise berechneten Literatur in Deutschland nachdrücklich dahin geltend zu machen, daß diese Art von Literatur ihrer Aufgabe, die Arbeiterklasse aufzuklären, auch wirklich entspricht, was nicht immer der Fall ist. Insbesondere aber soll die Parteivertretung ihr Augenmerk auch darauf richten, daß der ausbeuterische und korrumpirende Charakter verschiedener dieser auf die Arbeiterkreise berechneten Unternehmungen (marktschreierische Anpreisung von zweifelhaften literarischen Erzeugnissen, von Geheimmitteln und dergleichen, sowie die Veröffentlichung von Schmutz- und Schwindel-Annoncen zc.) aufhört. Weigern sich die Herausgeber solcher Preßerzeugnisse, den im Interesse der Arbeiterklasse ausgesprochenen Wünschen der Reichstagsfraktion nachzukom-

men, so soll letztere öffentlich die Arbeiter vor dem Lesen und Verbreiten solcher Literatur warnen."

Zur Diskussion steht nunmehr die Frage, ob die Revision des Parteiprogramms notwendig sei? Hierzu war von dem Genossen Schlüter folgender Antrag gestellt:

"Der Parteitag ernenne eine Kommission von drei Personen, die den Auftrag erhalten, das Parteiprogramm einer Durcharbeitung zu unterziehen und den hieraus hervorgehenden Entwurf in allen seinen Theilen in der sozialistischen Presse zur Besprechung zu bringen. Zur Abstimmung soll der hieraus sich ergebende Entwurf auf dem nächsten Parteitag gelangen."

In der nunmehr eröffneten Debatte, in welcher allseitig die Unthunlichkeit einer Programmerörterung auf dem gegenwärtigen Parteitag schon des Zeitmangels wegen betont wurde, nahmen verschiedene Redner Veranlassung, ihre Ansichten über die Richtung, in welcher eine etwaige Aenderung des Programms vorzunehmen sei, auszusprechen. Die Wünsche der Genossen kommen in folgenden Amendements zum Ausdruck:

Das eine beantragte, in Erwägung zu ziehen:

"ob die vorgeschrittenen industriellen Verhältnisse Deutschlands es nicht angezeigt erscheinen lassen, den Grundsatz der Produktivgenossenschaften aus dem Programm zu streichen und an dessen Stelle die Forderung der Expropriation des Grund und Bodens, sowie der Produktionsmittel zu setzen."

Das andere Amendement forderte den Beschluß:

"im Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands bei dem § 5 (Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit) die Worte zu streichen: „und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.“"

Außerdem befürwortete Bloß die Aufnahme eines Programmpunktes, der den Interessen der landarbeitenden Bevölkerung gerecht wird.

Der Antrag des Genossen Schlüter fand hierauf einstimmige Annahme.

In die Kommission zur Durcharbeitung des Parteiprogramms wurden die Genossen Auer, Bebel und Liebknecht einstimmig gewählt und denselben auf Antrag Hasenclever's der Auftrag gegeben, über die vorzunehmende Revisionsarbeit einen leicht verständlichen Kommentar zu veröffentlichen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung beschäftigte sich mit der Thatsache, daß eine Anzahl gegenwärtiger und früherer Abgeordneten die Unterschrift auf der öffentlichen Einladung zum Parteitag verweigert hatte.

Die Diskussion ergab die vollkommenste Uebereinstimmung sämtlicher Redner darin, daß nur besonders triftige Ursachen eine Entschuldigung für die Ablehnung der verlangten Unterzeichnung der Einladung begründen würde.

Die Verammlung nahm mit allen Stimmen folgenden, diesen Gegenstand betreffenden Antrag an:

"Der Parteitag spricht seine entschiedene Mißbilligung über das Verhalten der Genossen aus, welche ohne triftige Gründe der an

sie ergangenen Aufforderung zur Unterzeichnung der Einberufung des Parteitagés nicht nachgekommen sind. ferner spricht der Parteitag die sichere Erwartung aus, daß die Genossen diesen Persönlichkeiten eine Vertrauensstellung innerhalb der Partei nicht mehr übertragen werden."

Hierauf wurden diejenigen Genossen, auf welche vorstehender Beschluß eventuell Anwendung zu finden hätte, bezeichnet und festgestellt, daß es sich um die Genossen Geiser, Kräcker, Pfannkuß, Ulrich, Biered, v. Vollmar und Wiemer handle.

Da die Genossen Kräcker, Pfannkuß und Ulrich zur Zeit der Veröffentlichung der Einberufung des Parteitagés sich im Gefängnis befanden, so war es denselben nicht möglich, sich damals über die Unterzeichnung zu äußern. Konstatirt sei hierbei, daß der Genosse Pfannkuß sofort nach seiner Entlassung öffentlich seine Zustimmung zur Einberufung des Parteitagés erklärte. Aus vorstehenden Gründen beschloß der Parteitag einstimmig, über die unter der Einladung fehlenden Unterschriften der Genossen Kräcker, Pfannkuß, Ulrich nicht zu verhandeln.

Die schriftlich vorliegenden Entschuldigungsgründe, mit denen die übrigen Nichtunterzeichner der Einladung ihre ablehnende Haltung rechtfertigen, kamen nunmehr zur Verlesung. Nachdem die Versammlung in eingehender Berathung diese Gründe geprüft hatte und wiederholt festgestellt war, daß einzig und allein das vorliegende, die Ablehnung der Unterzeichnung behandelnde Material es sei, das für die Beschlüsse des Parteitagés maßgebend sein könne, entschied sich die Versammlung dahin, daß die oben angeführte Resolution auf die Genossen Geiser und Biered Anwendung finde. Dieser Beschluß wurde in Bezug auf Geiser einstimmig, in Bezug auf Biered mit allen gegen eine Stimme gefaßt.

Der folgende Berathungsgegenstand betraf einen Antrag Singer's über die Arbeitsbücher. Dieser Antrag, der ohne Debatte einstimmig angenommen wurde, lautet:

„Das Bestreben der reaktionären Parteien in Deutschland, der Arbeiterklasse die obligatorischen Arbeitsbücher aufzuzwingen, ist auf das Entschiedenste zurückzuweisen. Die Arbeitsbücher verletzen das Ehr- und Selbstgefühl der Arbeiter; sie übertragen die ökonomische Abhängigkeit der Fabrik und Werkstatt auf das politische Gebiet und überliefern die Arbeiter wehrlos der Willkür und Nachsicht der Arbeitgeber.“

Ebenso wurde ohne Debatte der Antrag angenommen:

„Der Parteitag möge beschließen, ein Bureau für Arbeitsnachweis zu Gunsten verfolgter und gemäßigter Genossen für Deutschland ins Leben zu rufen.“

Ein Amendement zu diesem Antrag empfahl denselben dem Fraktionsvorstand zu baldiger Berücksichtigung.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung betraf den gleichfalls akzeptirten Antrag:

„Zwistigkeiten, die unter Parteigenossen ausbrechen, sollen nicht durch die Presse, sondern baldmöglichst durch ein zu bildendes Schiedsgericht zum Austrag gebracht werden.“

Der Vorsitzende Singer konstatirt, daß nunmehr sämtliche vorliegende Anträge ihre Erledigung gefunden und damit die Tagesordnung erschöpft sei. Er wendet sich in einer längeren Ansprache, in welcher er einen Rückblick auf die Verhandlungen des Parteitages wirft, an die Versammlung, dankt den Schweizer Genossen für den Eifer, mit dem sie sich den nothwendigen Vorbereitungen des Parteitages unterzogen haben und spricht namentlich denjenigen Bürgern St. Gallens, welche, ohne Parteigenossen zu sein, dem Parteitage nicht nur freundliche Förderung, sondern auch andauernde persönliche Betheiligung geschenkt haben, den wärmsten Dank aus.

Der Redner giebt der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Arbeiten des Parteitages fördernd auf die Bestrebungen der Sozialdemokratie einwirken werden; er spricht die feste Zuversicht aus, daß die Partei in Deutschland trotz aller Bedrückungen unentwegt vorwärts marschiren werde und daß keine Macht der Erde im Stande sei, den befreienden Ideen der Sozialdemokratie sich mit Aussicht auf Erfolg entgegen zu stemmen.

Nachdem der Vorsitzende die Genossen noch aufgefordert, im Sinne der gefaßten Beschlüsse zu wirken und immer neue Streiter für die Sache des Proletariats zu werben, ersuchte er die Versammlung, die Arbeiten des Parteitages zu schließen mit dem Rufe, der uns bisher in dem Kampfe geleitet habe und der seine siegende Macht auch ferner beweisen werde! Hoch lebe die deutsche Sozialdemokratie!

Die Versammlung stimmte unter Erhebung von den Plätzen begeistert in diesen Ruf ein und unter den Klängen der deutschen Arbeiter-Marschallaise wurde der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie geschlossen Nachmittags 4 Uhr.



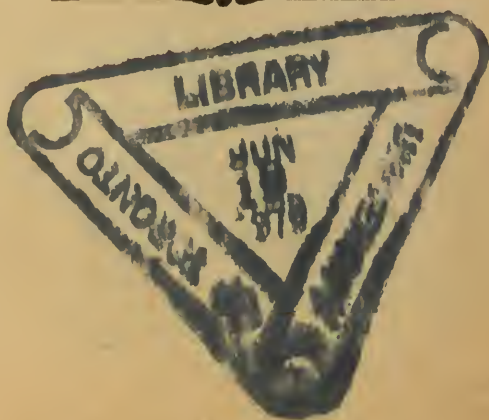
Am Freitag, den 7. Oktober, Abends 8 Uhr, fand in den Sälen, in welchen der Parteitag getagt hatte, eine **Volksversammlung** statt, welche von der Arbeiterunion St. Gallen einberufen und von ca. 900 Personen besucht war. In derselben sprachen Liebknecht und Auer unter lebhaftem Beifall über die Bestrebungen der Sozialdemokratie und über den stattgehabten Parteitag.

Auf Antrag von Redakteur Wirth wurde nachstehende Resolution, ergänzt durch Herrn Fürsprech H. Scherrer, einstimmig angenommen:

„Die am 7. Oktober dieses Jahres in dem Saale der Brauerei zu Schönenwegen tagende, sehr zahlreich besuchte Versammlung von Schweizerbürgern erklärt die Behauptung deutscher Blätter, der sozialdemokratische Parteitag habe wie eine Verschwörer-Gesellschaft mit vollständigem Ausschluß der Deffentlichkeit getagt, für eine ebenso lächerliche als niederträchtige Verdächtigung, die nur zu dem Zweck erfunden worden ist, um ängstlichen Spießbürgern das rothe Gespenst vorzuzaubern und den Zwecken der jetzt in Deutschland herrschenden Reaktion Vorschub zu leisten.

Im Weiteren erklärt die Versammlung, daß der deutsche sozialistische Parteitag und dessen Versammlungen sich vollständig im Einklang mit unserem Asylrecht und unserem verfassungsmäßig garantierten Vereins- und Versammlungsrecht befunden haben.“

Hierauf wurde die denkwürdige Versammlung um 11 Uhr vom Vorsitzenden Saluz, Präsident der Arbeiter-Union, nach kurzem Schlußwort als beendet erklärt.



Folgende Hefte der „Sozialdemokratischen Bibliothek“ sind bis jetzt erschienen und auch einzeln durch Unterzeichnete zu beziehen:

	Gt.	Pf.
I. Gesellschaftliches und Privat-Eigenthum. Ein Beitrag zur Erläuterung des sozialistischen Programms.	25	20
II. Karl Marx vor den Kölner Geschwornen. Prozeß gegen den Ausschuß der rheinischen Demokraten wegen Aufrufs zum bewaffneten Widerstand. (9. Februar 1849.) Aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“. Mit einem Vorwort von Fr. Engels.	25	20
III. Die Zukunft der Sozialdemokratie. Von J. Dieckgen.	15	10
IV. Enthüllungen über den Kommunisten-Prozeß zu Köln. Von Karl Marx. Mit Einleitung von Fr. Engels und Dokumenten.	60	45
V. Unsere Ziele. Von A. Bebel. Eine Streitchrift gegen die „Demokratische Korrespondenz“.	35	30
VI. Die schlesische Milliarde. Von Wilhelm Wolff. Abdruck aus der „Neuen Rhein. Zeitung“ März—April 1849. Mit Einleitung von Fr. Engels.	40	35
VII. Sozialpolitische Vorträge von Josef Dieckgen. 1) Nationalökonomisches. 2) Die bürgerliche Gesellschaft.	25	20
VIII. Der todte Schulze gegen den lebenden Laffalle. Aus dem Berliner „Sozialdemokrat“ 1868.	50	40
IX. Der wirthschaftliche Materialismus nach den Anschauungen von Karl Marx. Von P. Lafargue.	30	25
X. Arbeiterprogramm. Ueber den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes. Von F. Lafallé.	20	15
XI. Wilhelm Weitling. Seine Agitation und Lehre im geschichtlichen Zusammenhange dargestellt von Emil Kaler.	65	50
XII. Christenthum und Sozialismus. Eine religiöse Polemik. Separatabdruck aus dem „Volkstaat“ 1873/74.	15	15
XIII. Zur Wohnungsfrage. Von Fr. Engels. Separatabdruck aus dem „Volkstaat“ 1872.	50	40
XIV. Gracchus Babeuf und die Verschwörung der Gleichen. Von G. Deville. Aus dem Französischen und mit einem Nachwort von E. Bernstein.	55	45

XV.	Die Wissenschaft und die Arbeiter. Eine Vertheidigungs-Rede von F. Lassalle.	St. 25
XVI.	Die Chartistenbewegung in England. Mit Anlagen.	40
XVII.	Hochverrath und Revolution. Von W. Liebknecht.	40
XVIII.	Streizüge eines Sozialisten in das Gebiet der Erkenntnistheorie. Von J. Diezgen.	45
XIX.	Das Recht auf Faulheit. Von P. Lafargue.	25
XX.	Arbeiterlesebuch. Von F. Lassalle.	40
XXI.	Eines Arbeiters Widerlegung der nationalökonomischen Lehren J. St. Mill's. Von George Eccarius.	50

**Volksbuchhandlung
Göttingen-Zürich.**



PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

HX
271
S6
1887

Sozialdemokratische partei
Deutschlands

UTL AT DOWNSVIEW



D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 12 15 15 02 002 1